

Opfersensibilität und Friedensdividende

Legitimationsmuster einer aktiven amerikanischen Rüstungsindustriepolitik in den 1990er Jahren

In den 1990er Jahren veränderte sich die amerikanische Rüstungsindustrie in dramatischer Weise; es kam zu einer umfassenden Konsolidierung und Restrukturierung der Industrie. Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung hatte die amerikanische Regierung einen starken Einfluss auf den Restrukturierungsprozess. Ein zentrales Ziel war es, so zeigt die dem Aufsatz zugrunde liegende qualitative und quantitative Inhaltsanalyse relevanter Kongressdebatten, die amerikanische Rüstungsindustrie in die Lage zu versetzen, auch im neuen Jahrtausend modernste Hightech-Waffen zu minimalen Kosten herzustellen. Dabei spielte der Wunsch, auch zukünftige Konflikte mit minimalen eigenen Opfern führen zu können, eine besondere Rolle und wird als ein wichtiges Motiv für die aktive Industriepolitik der Regierung identifiziert. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung, die dem Wunsch nach minimierten eigenen Opfern in den USA zukommt und zeigt, dass Opferaversion nicht nur die taktische oder strategische Ebene beeinflusst, sondern eine tiefer gehende Wirkung auf Technologie- und sogar Industrieplanung besitzt.

1. Einleitung¹

Erwartete die Administration von George W. Bush schwere eigene Verluste vor Beginn der Invasion des Irak im Frühjahr 2003 oder war man zuversichtlich, den sich abzeichnenden Krieg mit minimalen eigenen Opfern führen zu können? Im Oktober 2004 meldete der Fernsehsender CNN, der Gründer der amerikanischen *Christian Coalition*, Pat Robertson, habe Präsident Bush noch vor der Invasion des Irak aufgefordert, das amerikanische Volk auf die zu erwartenden hohen eigenen Verluste einzustimmen. Darauf antwortete der Präsident laut Robertson: »Oh, no, we're not going to have any casualties« (King 2004).

Obwohl das Weiße Haus die Aussagen Bushs umgehend dementierte, scheint es plausibel anzunehmen, dass Bush tatsächlich eine solche oder zumindest ähnliche Erwartungen hatte. Angesichts der technologischen, organisatorischen und doktrinären Überlegenheit der USA, die schon im Golfkrieg 1991, im Kosovokrieg und in Afghanistan zu geringen eigenen Verlusten geführt hatte, durfte der Präsident erneut

1 Mein Dank gilt neben den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern der ZIB besonders Christopher Daase, Nicole Deitelhoff, Anna Geis, Harald Müller, Wolfgang Wagner und vielen weiteren Kollegen der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) für ihre konstruktiven Kommentare zu diesem Text. Eine frühere Fassung wurde 2005 auf der offenen DVPW-Sektionstagung Internationale Beziehungen in Mannheim vorgestellt. Allen Teilnehmern an der dortigen Debatte sei an dieser Stelle ebenfalls gedankt.

einen praktisch verlustfreien Krieg erwarten. Als Bush dann am 1. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger *USS Lincoln* das Ende der Kampfhandlungen im Irak verkündete, hatten »nur« 138 amerikanische Soldaten ihr Leben verloren. Angesichts der Intensität der Kämpfe, die im Gegensatz zu 1991 auch umfangreiche Bodenoperationen umfassten, war dies ein extrem niedriger Wert,² der aus einer neuen Dimension vernetzter Kriegführung resultierte.³

Der Golfkrieg des Jahres 2003 zeigt deutlich, dass sich westliche Demokratien, mit den USA an der Spitze, auf einer »Quest for Bloodless War«⁴ befinden, da Verluste unter den eigenen Soldaten – und zunehmend auch Opfer unter der gegnerischen Zivilbevölkerung – von westlichen Staaten in immer geringerem Maß und nur unter speziellen Bedingungen toleriert werden (Gelpi/Mueller 2006: 139-144; Gelpi et al. 2006: 10-17). Diese Feststellung steht in Einklang mit einer der zentralen Thesen der monadischen Variante der liberalen Theorie des Demokratischen Friedens, nach der die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie nicht nur eine natürliche Abneigung haben, Kosten und Leid eines Krieges tragen zu müssen, sondern auch über politische Institutionen verfügen, diese Präferenzen in der Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen. Seit geraumer Zeit hat sich nun um Reichweite und Bedeutung dieser Opfersensibilität (»casualty aversion«) eine intensive Debatte entwickelt. Diese kreiste bislang um die Fragen, wie sich die Entwicklung der eigenen Opferzahlen auf die öffentliche Meinung auswirkt (Mueller 1973), welche Faktoren die öffentliche Meinung im Sinne einer intervenierenden Variable beeinflussen (Larson 1996: 99-101; Moskos 1998: 25), welchen Einfluss der Wunsch nach minimierten eigenen (aber auch fremden zivilen) Opferzahlen auf die *operative* Kriegführung hat (Record 1994: 143-147; Gentry 2006: 205-213) und inwieweit die Bevölkerung möglicherweise deutlich weniger opfersensibel ist als ihre jeweiligen Politiker und Militärs (Everts 2002; Feaver/Gelpi 2004). Auch gibt es erste Versuche, die *Veränderung* der Opfersensibilität von Regierungen über Zeit, speziell seit dem Ende des Ost-West Konfliktes, zu messen (Schörnig/Lembcke 2006: 220).

Nur wenige Studien setzen sich hingegen mit der Tiefenwirkung des Opfervermeidungswunsches auch zu Friedenszeiten auseinander. Sollte der Wunsch nach Opfervermeidung tatsächlich die unterstellte substanzielle Bedeutung für westliche Demokratien (oder zumindest westliche Politiker) besitzen, so ist es plausibel auch anzunehmen, dass vor dem Hintergrund *potenzieller* Militäreinsätze eine *vorausschauende* Sicherheitsvorsorge stattfindet, die die Minimierung eigener Opfer im

-
- 2 Die Tatsache, dass in der Zwischenzeit immer mehr amerikanische Soldaten im aktuellen heißen Frieden sterben – inzwischen mehr als 3000 –, stellt diese Aussage nicht grundsätzlich in Zweifel, da die Auseinandersetzung mit Aufständischen und Guerilleros in wesentlich geringerem Maß mit Mitteln der Hochtechnologie geführt wird und die Notwendigkeit technologischer Antworten in diesem Bereich erst nach der Besetzung des Irak offenbar wurde.
 - 3 Neuste Analysen zeigen zwar auf, dass von irakischer Seite eklatante taktische und strategische Fehler begangen wurden, doch reichen diese Fehler nicht aus, um die ausgesprochen geringe Zahl alliierter und speziell amerikanischer Verluste zu erklären. Vgl. Woods et al. (2006).
 - 4 So der Titel des Buches von Mandel (2004).

Konfliktfall überhaupt erst ermöglicht. Hierbei ist zunächst an die Beschaffung einer entsprechend optimierten, besonders kapitalintensiven Bewaffnung zu denken, da minimierte eigene Verluste bzw. ein besonders guter Schutz der eigenen Truppen oft als eines der zentralen Charakteristika der so genannten *Revolution in Military Affairs* (RMA) genannt wird.⁵ Im weiteren Sinn ist deshalb auch an die Aufrechterhaltung technologischer Überlegenheit zu denken, um den im Rahmen der RMA erlangten Fähigkeitsvorsprung über einen nicht absehbaren zukünftigen Zeitraum zu perpetuieren (Carter et al. 2001: 130; Kugler/Binnendijk 2002: 72f). Diese Überlegung führt zwangsläufig über die Beschaffungsebene hinaus und stellt die Frage nach den Quellen der Bewaffnung, also der technologischen und logistischen Leistungsfähigkeit der rüstungsindustriellen Basis eines Landes (Cohen 2000: 49; Gansler 2003). Ohne eine entsprechende Rüstungs- und Hightech-Industrie mit der Fähigkeit zur konstanten Innovation kann angesichts der schnellen Proliferation modernster Hochtechnologie die Aufrechterhaltung technologischer Überlegenheit langfristig nicht sichergestellt werden. Es ist deshalb plausibel anzunehmen, dass die industrielle Basis in das Optimierungskalkül der politischen Entscheidungsträger westlicher Demokratien einbezogen wird. Insofern ist auch hier eine aktiv strukturierende Politik zu erwarten, die auf eine industrielle Absicherung der eigenen technologischen Überlegenheit setzt.

Interessanterweise kam es in den 1990er Jahren in den USA zu einer umfassenden Restrukturierung des rüstungsindustriellen Sektors, auf deren Verlauf und Endzustand die Regierung einen nicht unerheblichen Einfluss hatte; sie griff teilweise sogar aktiv lenkend ein. Obwohl nationale und internationale Konsolidierungsbestrebungen auch in der Rüstungsindustrie inzwischen gängig sind und auch noch andauern – wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den 1990er Jahren (Dunne/Surry 2006: 386-389) –, bleibt die Frage nach den Zielen, die die amerikanische Regierung durch ihre aktive Rüstungsindustriepolitik betrieb, zunächst unbeantwortet. Angesichts der Tatsache, dass den USA in der Literatur oftmals ein besonders starker Wunsch nach Minimierung der eigenen Opfer zugesprochen wird, ist die Vermutung berechtigt, dieses Streben sei auch hier, auf der Seite der politischen Begleitung des Prozesses, von Bedeutung gewesen. Im Sinne Harry Ecksteins (1992: 157) kann der Fall der USA deshalb als »crucial case« verstanden werden.

Zentrale Fragestellung dieses Aufsatzes ist daher, inwieweit der Wunsch nach Opfervermeidung eine zentrale Antriebskraft im Rahmen der aktiven Unterstützung des Restrukturierungsprozesses der amerikanischen Rüstungsindustrie durch die US-Regierung war. Allerdings gibt es auch andere theoretische Ansätze, die ebenfalls zumindest *ex post* eine aktive politische Einflussnahme auf den Restrukturierungs- und Konsolidierungsprozess der Rüstungsindustrie erklären können und die entsprechend als plausible Alternativerklärungen für eine aktive Rüstungsindustriepolitik in Betracht kommen.

5 So z. B. bei Bernstein, et al. (1998: 28-30); Müller/Schörnig (2002: 363-365); Mandel (2004: 19-21); Butfoy (2006: 113).

Zunächst bieten sich alternative liberale Perspektiven an, wobei zuerst an den in der Literatur häufig zitierten Wunsch nach Kosteneinsparungen zu denken ist. Im Anschluss an das Ende des Kalten Krieges wurde oftmals der Wunsch nach einer so genannten »Friedensdividende« formuliert, worunter die Verschiebung staatlicher Ausgaben vom Rüstungssektor in soziale Bereiche (oder alternativ die Senkung der Steuerlasten) verstanden wird. Der Wunsch nach materieller Kostenvermeidung kann als zweite Seite substanzieller liberaler Präferenzen begriffen werden, die die Minimierung materieller Belastungen in Friedenszeiten *gleichermaßen* umfasst wie die Minimierung eigener Opfer in Kriegszeiten. Im Rahmen liberaler Präferenzen ist es deshalb durchaus denkbar, dass der Wunsch nach pekuniärer Kostenvermeidung im Frieden die Oberhand gewinnt und Opfervermeidung sich ausschließlich auf die taktisch-strategische Ebene der Kriegführung auswirkt.

Eine alternative liberale Perspektive negiert die aus der Theorie des Demokratischen Friedens stammende substanzielle Präferenz demokratisch verfasster Staaten nach Opfer- und Kostenminimierung und verweist stattdessen auf die Durchsetzung von Partikularinteressen besonders starker und gut vernetzter Gruppen innerhalb der politischen Arena. Hierbei werden keine exogenen staatlichen Präferenzen unterstellt. Staatliches Handeln ist vielmehr Ergebnis der staatlichen Anforderungs- und Umsetzungsprozesse des politischen Systems. Entsprechend verweisen viele, speziell kritische Beobachterinnen und Beobachter des Restrukturierungsprozesses der amerikanischen Rüstungsindustrie auf den Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes (MIK). Aus dieser Perspektive setzt die Politik die Interessen der Rüstungsindustrie durch geeignete politische Maßnahmen um bzw. unterstützt die Rüstungsindustrie in ihrem Bestreben nach Gewinnmaximierung, ohne eine eigene Agenda zu verfolgen.

Eine weitere mögliche Erklärung einer aktiven *defense industrial policy*, die auf liberale Rückgriffe verzichtet, ergibt sich schließlich aus der Übertragung einer neo-realistischen Logik. Hier ist der Wunsch nach einer optimierten Hightech-Rüstungsindustrie als Ausdruck klassischer Sicherheitsvorsorge und des Strebens nach Bewahrung der Position im anarchischen internationalen System zu verstehen. Je besser und schneller die Rüstungsindustrie den Staat mit Machtmitteln versorgen kann, desto eher kann sich ein Staat in möglichen Rüstungswettläufen und Positionskämpfen behaupten. Die Tatsache, dass selbst in der Europäischen Union die nationalen Rüstungsindustrien in vielen Bereichen einer Vergemeinschaftung entzogen bleibt und Initiativen der Kommission hier immer wieder national ausgebremst werden, zeigt, dass ein (neo)realistisch inspirierter Blick auf den Umgang mit der nationalen Rüstungsindustrie sicherlich *prima facie* Plausibilität beanspruchen kann.

Diese ersten Vorüberlegungen haben gezeigt, dass sich die Annahme substanzieller IB-Theorien, Staaten hätten ein genuines Interesse an einer aktiven Rüstungsindustriepolitik und würden durch eine solche Politik entsprechend ihre Interessen verfolgen, von der Annahme der MIK-Vertreter unterscheidet, der Staat unterliege dem Einfluss fremder Lobbying-Interessen. In einem ersten Schritt wird deshalb im folgenden Abschnitt die konkrete Einflussnahme der Regierung auf den Konsolidie-

rungsprozess nachgezeichnet, um zu beurteilen, ob die Regierung eine eigene Agenda verfolgte oder im Wesentlichen als Erfüllungsgehilfin der Industrie agierte.

Der genaue Blick zeigt, dass die Interessen von Regierung und Industrie zwar in Teilbereichen (speziell in der Frühphase des Konsolidierungsprozesses) identisch waren und einige der industriepolitischen Maßnahmen den Eindruck erwecken, die Interessen der Rüstungsindustrie direkt umzusetzen. Allerdings zeigt sich *auch*, dass das Pentagon bewusst gegen die Wünsche der Rüstungsfirmen agierte, als in späteren Phasen eine Interessenidentität nicht mehr vorlag und stattdessen ganz strategisch eigene Interessen verfolgte. Diese Beobachtung schwächt die Erklärungskraft eines auf Partikularinteressen basierenden Ansatzes und stärkt die Bedeutung der Erklärungen, die der Regierung insgesamt mehr *agency*-Kapazität unterstellen.

Um allerdings zu *verstehen*, wieso die Administration tatsächlich eine aktive Rüstungsindustriepolitik betrieb, richtet sich der Blick im dritten Abschnitt des Textes *nach innen*, um zugrunde liegende bzw. *öffentlich bekundete* Motive herauszuarbeiten. Nur so ist es möglich, den sozialen Phänomenen die Bedeutung zuzuschreiben, »die sie«, wie Bernhard Zangl schreibt, »in dem sozialen Kontext der Beobachteten selbst besitzen« (Zangl 1999: 25). Entsprechend wird zusätzlich zur Handlungsebene die *motivationale Ebene* bzw. *Begründungsebene* herangezogen und der Blick auf die zentralen bekundeten Motivationen für die Handlung gerichtet. Auf Basis der genannten Erklärungsansätze werden also Erwartungen über die zentralen Begründungsmuster formuliert, die dann mit den tatsächlichen Argumentationen verglichen werden.

Die Bestimmung der konkreten Begründungsstruktur für die amerikanische Rüstungsindustriepolitik der 1990er Jahre basiert auf einer kombiniert qualitativ/quantitativen Inhaltsanalyse von 42 thematisch relevanten Senatsanhörungen zwischen 1989 und 1999. Dabei wurden Stellungnahmen von insgesamt 185 Sprecherinnen und Sprechern ausgewertet, die in diesem Zusammenhang als Analyseeinheit fungieren. Neben einer simplen Frequenzanalyse zentraler Begründungsargumente erfolgt zusätzlich sowohl eine Kontingenz- wie auch eine Faktorenanalyse. So lassen sich neben einzelnen Argumenten, die zur Rechtfertigung einer aktiven Politik genannt werden, auch komplexe Argumentationsmuster und -cluster aufzeigen, die mit theoretisch zu erwartenden Begründungsmustern verglichen werden können und so eine bessere Einschätzung der Verständnishilfe der einzelnen Theorien ermöglichen.

Zuvor wird aber im folgenden, zweiten Abschnitt zunächst eine kurze Einführung in das empirische Feld der Konsolidierung und Restrukturierung der amerikanischen Rüstungsindustrie sowie des politischen Einflusses auf den Prozess gegeben. Im anschließenden, dritten Abschnitt werden die drei genannten IB-Theorien in Bezug auf Ihre Erklärungskraft für eine aktive Rüstungsindustriepolitik untersucht. Im vierten Teil wird die gewählte Methodik der Inhaltsanalyse detailliert erläutert, ehe im fünften Abschnitt die empirische Auswertung der Senatsdebatten vorgestellt wird. Im sechsten Abschnitt finden sich schließlich eine Zusammenfassung der Ergebnisse und eine Einschätzung ihrer Bedeutung für die Theorie(n) des Demokratischen Friedens.

2. Die Restrukturierung der amerikanischen Rüstungsindustrie in den 1990ern und der Einfluss des Pentagon

2.1. Marktdruck und Rüstungsindustriepolitik

Im Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer veränderte sich die Struktur der US-Rüstungsindustrie grundlegend. Zwischen Ende der 1980er Jahre und Ende der 1990er Jahre sank die Zahl der bedeutenden Rüstungsanbieter in den USA von ca. 50 auf »five highly consolidated, cross Service, cross-platform prime contractors« (Department of Defense 2003: 7).⁶ Diese Firmen – Boeing, Raytheon, Lockheed Martin, Northrop Grumman und General Dynamics – sind nicht mehr auf nur eine einzelne Waffengattung (z. B. Flugzeuge) spezialisiert, sondern bieten jeweils ein weit gefasstes Portfolio an verschiedenen Waffensystemen an.

Hintergrund der Konsolidierung war zunächst die Kürzung im Beschaffungshaushalt der USA. Schon ab Mitte der 1980er Jahre hatte es im Zuge der Entspannung zwischen den Supermächten Kürzungen gegeben, die von den Unternehmen allerdings als zyklisch-temporär eingeschätzt wurden. Das Ende des Ost-West-Konfliktes, die neue strategische Ausrichtung der USA und der Wunsch, die Rüstungsausgaben zugunsten ziviler Programme reduzieren zu können (Stichwort: Friedensdividende) machten klar, dass auf absehbare Zeit nicht mit Ausgabensteigerungen zu rechnen war. Im Gegenteil: Das Budget für neue Waffensysteme sank zu Beginn der 1990er Jahre nochmals deutlich.⁷ Vor diesem Hintergrund wird die Schrumpfung der amerikanischen Rüstungsindustrie von vielen Beobachtern als natürliche Marktreaktion des Monopsoms, also des Nachfragemonopols, im Rüstungsbereich auf die staatliche Nachfrageveränderung gesehen, die zunächst unabhängig von staatlichen Eingriffen beginnt.⁸

Allerdings wurde von Seiten der Politik immer wieder unterstützend und lenkend in den Prozess eingegriffen und es ist hochgradig wahrscheinlich, dass das Ergebnis des Konsolidierungsprozesses ohne staatliche Eingriffe ein anderes gewesen wäre oder sich zumindest nicht in der tatsächlichen Geschwindigkeit vollzogen hätte.

Es waren insbesondere *drei Instrumente*, mit denen die US-Regierungen der 1990er Jahre Einfluss auf die Restrukturierung und Konsolidierung der Rüstungsindustrie nahmen (Gholz/Sapolsky 1999; Küchle 2001: 17): *erstens* durch Veränderungen im Beschaffungswesen, die so genannte *Acquisition Reform*. Durch die Formulierung konkreter technischer Vorgaben oder spezifischer Produktionsstandards (z. B. Härtung von Mikroprozessoren gegen radioaktive Strahlung) oder den Wegfall solcher Einschränkungen für militärische Güter wird der Kreis der Anbieter, die

6 Unter einem »prime contractor«, *Prime* oder Systemhersteller, wird der Hersteller des Endproduktes, z. B. eines Flugzeugs oder eines Panzers verstanden, der direkt mit dem Pentagon Verträge abschließt. Davon zu unterscheiden sind so genannte »second tier«-Anbieter, die Vorprodukte herstellen, diese in der Regel aber nicht direkt an die öffentlichen Stellen liefern.

7 Vgl. die konkreten Zahlen bei Ball et al. (1994: 400).

8 So z. B. IISS (1999: 21); Pages (1999: 208f); Grams (2003: 3).

sich an Ausschreibungen des Pentagon beteiligen können, wesentlich beeinflusst. Hier verfolgte man über die 1990er Jahre hinweg die Politik einer umfangreichen Lockerung der militärischen Vorgaben, speziell im Bereich der Vorprodukte. So gelang es dem Pentagon, parallel zur Konsolidierung der Systemhäuser, die Anzahl der Hersteller von Vorprodukten auszuweiten und auf dieser Ebene entsprechend für eine Verstärkung des Wettbewerbs in finanzieller wie qualitativer Hinsicht zu sorgen.⁹

Zweitens verfolgten die US-Regierungen eine aktive *dual use*-Politik. Modernste Waffensysteme sind spätestens seit Ende der 1980er Jahre in besonderem Maß auf den Einsatz von Kommunikations- und Informationselektronik angewiesen. Allerdings besitzen zivile Unternehmen gegenüber reinen Rüstungsfirmen hier seit geraumer Zeit einen technologischen Vorsprung. Durch die Förderung von *dual use* – z. B. durch das *Technology Reinvestment Program* – konnte die Verzahnung des zivilen wie auch militärischen Bereichs der amerikanischen Wirtschaft forciert und ein Technologeaustausch zwischen den Sektoren initiiert oder zumindest verstärkt werden.¹⁰

Schließlich steuert der Staat – *drittens* – mit der von ihm kontrollierten Wettbewerbspolitik die Konzentration eines bestimmten industriellen Sektors. Während die *ex post*-Zerschlagung einzelner Unternehmen meist langjährige rechtliche Auseinandersetzungen erfordert, lassen sich Konzentrationsbestrebungen durch staatliche Behörden *ex ante* deutlich leichter regeln. Wettbewerbspolitik stellt dem Staat zwar kein aktives Gestaltungsinstrument zur Verfügung, er kann aber für die Konsumenten abträglich eingeschätzte Marktstrukturen unterbinden, auf die Relevanz einzelner Unternehmen einwirken oder Dynamiken der Industrie in seinem Sinne nutzbar machen (Meagher 1993). Der Konzentrationsprozess der amerikanischen Rüstungsindustrie fand vor dem Hintergrund eines zunächst restriktiven Wettbewerbsrechts statt, auf das das Pentagon – obwohl formal nicht zuständig – durch Einwirkung auf die Wettbewerbsbehörden im Justizministerium faktisch einen erheblichen Einfluss besaß.¹¹ So wurde die Aussage des damaligen stellvertretenden US-Verteidigungsministers William Perry im Jahr 1993, das Pentagon sei an deutlich weniger Rüstungsfirmen interessiert, als Aufforderung zu umfassenden Fusionen verstanden (Velocci 1993), die von den Wettbewerbshütern in der Folge auch praktisch nicht beanstandet wurden.

2.2. Die Eingriffe des Pentagon aus »klassischer« Sicht und die Lobbying-Bemühungen der Industrie

Die Literatur zum Restrukturierungsprozess der amerikanischen Rüstungsindustrie ist umfangreich, ebenso die Erklärungen, warum sich die Regierung bemühte, den

9 Vgl. z. B. Gansler (1995: 119-144); Linscott (1999: 398); Chinworth (2000: 167).

10 Vgl. z. B. Gansler (1995: 191-194); Richardson et al. (1999: 14); Stowsky (1999: 108).

11 Vgl. Schmidt (1990: 184-189); Brealey/Myers (1991: 831f); Velocci (1993).

Prozess zu forcieren und zu lenken. Einige Autorinnen und Autoren, wie z. B. Ann Markusen, verneinen aber, dass die gestaltende Funktion des Pentagon im Rahmen des Prozesses mehr als die willfährige Erfüllung von Wünschen diverser Lobbying-Gruppen gewesen sei und verweisen stattdessen auf die zentrale Rolle der »Wall Street investment banker« und einer »select group of corporate CEOs« (Markusen 1997: 1; vgl. auch Weber 2001: 98). Ein zentrales Argument dieser MIK-basierten Argumentation ist, dass die zeitweilige Aussetzung des Wettbewerbsrechts zu einer unverhältnismäßigen Steigerung der Marktmacht der neu entstandenen Unternehmen führte. Dies setzt aber weiterhin voraus, dass die Regierung ihre Unterstützung genau so lange gewährt, wie sie für die betroffenen Unternehmen sinnvoll ist.

Allerdings zeigt das Verhalten der Regierung, dass der Restrukturierungsprozess genau beobachtet wurde und die Frage nach der aus Sicht des Pentagon optimalen Anbieterstruktur in der Politik eine zentrale Rolle spielte. Denn nach anfänglicher Unterstützung der Konsolidierung in den frühen 1990er Jahren trat das Pentagon 1997 für viele Beobachter überraschend und trotz heftiger Widerstände der Industrie auf die Bremse (Velocci 1998: 24). Zwei zentrale Gründe lagen der Entscheidung des Pentagon zugrunde. Erstens war nun auch aus Sicht des Pentagon ein Konzentrationsgrad erreicht, dessen Überschreiten die Marktmacht einzelner Unternehmen gegenüber dem Pentagon tatsächlich über Gebühr gestärkt hätte.¹² Zweitens zeigten die verbliebenen *prime contractors* zunehmend Interesse an vertikaler Konzentration, also der Einverleibung von Herstellern von Vorprodukten in den eigenen Konzern. Letzteres lief den Bestrebungen des Pentagon, die industrielle und technologische Basis auf der Ebene der Zulieferer zu verbreitern, entgegen. Diese bewusste Zurückweisung der Interessen der Industrie zeigt, dass ein rein MIK-basierter Ansatz des Restrukturierungsprozesses zumindest auf der Makro-Ebene – also auf der Ebene des gesamten Industriezweiges – keine besondere Erklärungskraft aufweist und der Gleichklang der Interessen zwischen Industrie und Regierung nur temporärer Natur war.¹³

Andere Experten erkennen die Bemühungen der Regierung durchaus an, durch die Eingriffe eigene Interessen im Restrukturierungsprozess verfolgt zu haben, sehen diese Interessen aber primär auf die Reduzierung der Stückkosten durch den Abbau von Überkapazitäten beschränkt. Kostenvermeidung wird deshalb als das zentrale Handlungsmotiv der Administration herausgestellt.¹⁴ Aus dieser Perspektive dienten die Veränderungen des Beschaffungswesens und die *dual use*-Politik primär dazu,

12 Interview mit Jacques Gansler, University of Maryland, College Park (USA), 1.3.2004.

13 Als »Beweis« für den Einfluss der Industrie wird z. B. die Tatsache angeführt, dass das Pentagon Restrukturierungsgewinne mit den betroffenen Unternehmen teilte, mithin also auf die Realisation maximaler Kosteneinsparungen verzichtete. Vertreter der Regierung gestehen ein, dass man hier der Industrie in einer schwierigen Umbruchsituation entgegenkommen wollte. Allerdings kann diese Strategie auch als Instrument der Beschleunigung des Restrukturierungsprozesses verstanden werden, da mit den Unternehmen die Einsparungen *nach* erfolgreicher Restrukturierung geteilt wurden. Siehe zu diesem Themenkomplex Schörnig (2005: 225-228).

14 Vgl. Flamm (1999: 224); Pages (1999: 214); Sköns/Weidacher (1999: 397); Summers (2002: 138).

kostengünstig auf kommerzielle Vorprodukte zugreifen zu können und durch Komponenten »von der Stange« ebenfalls die Produktionskosten zu senken. Einige wenige Autoren unterstellen der Regierung, neben dem Wunsch nach materiellen Einsparungen weitergehende Interessen verfolgt zu haben. So urteilt Pages, Ziel sei die Transformation der »defense industrial base into a ‚national industrial base‘« (Pages 1999: 214f) gewesen.¹⁵ Auch Christoph Grams kommt zu dem Schluss, die von Präsident Bill Clinton angestrebte Restrukturierung der Rüstungsindustrie habe nicht nur das Ziel einer Friedensdividende verfolgt. Zusätzlich sei es darum gegangen, »in enger Zusammenarbeit mit Industrie, Militär und Legislative alle technologischen Kernfähigkeiten in den USA zu erhalten« (Grams 2003: 8).

2.3. Die »neue« Rüstungsindustrie: Gerüstet für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends

Diese Einschätzung erhält vor einem weiter gespannten Hintergrund zusätzliches Gewicht: Betrachtet man die US-Strategie-Debatte der 1990er Jahre, so waren Wahrung und potenzieller Ausbau der technologischen Überlegenheit ein zentraler Topos amerikanischer Doktrin.¹⁶ Es ist plausibel anzunehmen, dass dieses Moment auch in der Restrukturierung der Rüstungsindustrie eine Rolle gespielt hat. Schon 1991 hatte der damalige Verteidigungsminister und heutige Vizepräsident Richard Cheney die 1990er Jahre als »a decade of development more than of production« bezeichnet (Cheney 1991a: 15) und damit die Losung geringerer Produktionsmengen bei gleichzeitig anhaltenden Forschungsanstrengungen zur Wahrung des technologischen Vorsprungs ausgegeben.

Die amerikanische Rüstungsindustrie war Ende der 1990er Jahre gegenüber der Ausgangslage ein Jahrzehnt früher für solch eine Strategie deutlich besser ausgerichtet: Anstelle einer breiten Basis an Systemherstellern und einer relativ engen Basis an spezialisierten Zulieferern von Hochtechnologie im vorgelagerten Bereich gab es nun eine schlanke Spitze an *prime contractors* und eine deutlich verbreiterte Zulieferindustrie. Dabei stellten die großen Systemhäuser nun alle eine ähnliche Produktpalette her, sodass trotz geringer Anzahl zwischen den Unternehmen immer noch Wettbewerb herrschte. In praktisch keinem zentralen Rüstungsbereich hatte ein Anbieter eine Monopolstellung inne. Die Hersteller von Vorprodukten hingegen hatte man daran gehindert, ebenfalls eine Strategie der Konzentration zu verfolgen, und stattdessen mit positiven Anreizen zur Diversifizierung und Verbreiterung bewegt. So war es gelungen, die Durchlässigkeit für kommerzielle Spitzentechnologie zu erhöhen und zwischen den *Primes* einen Preis- wie Innovationswettbewerb zu erhalten. Hierzu trug auch die Unterbindung vertikaler Konzentration bei, da die *Primes* gezwungen wurden, Vorprodukte tatsächlich am Markt anzuschaffen.

15 Vgl. ebenso Dowdy (1997: 91); Gholz/Sapolsky (1999: 30).

16 Vgl. z. B. Office of Technology Assessment (1989); Cheney (1991b); Department of Defense (1995); Nelson (1997: 207); Carter (2001: 9-12).

In der Folge dieser Veränderungen ist die amerikanische Rüstungsindustrie heute in bedeutend höherem Maß in der Lage, den Truppen modernste Technologien in wesentlich kürzerer Zeit zur Verfügung zu stellen, als dies noch vor einem Jahrzehnt der Fall war (Department of Defense 2003). Zudem ist der technologische Vorsprung der USA gegenüber potenziellen Herausforderern größer geworden. Allerdings bleibt vor dem Hintergrund der überwiegenden Meinung in der Literatur die Frage offen, ob diese Überlegungen schon im Rahmen des Restrukturierungsprozesses berücksichtigt worden waren.

3. *Die rüstungsindustrielle Basis aus IB-theoretischer Sicht*

Nachdem im letzten Kapitel gezeigt wurde, dass das aktive Engagement der Regierung im Restrukturierungsprozess der Rüstungsindustrie eigenen Interessen und nicht dem Lobbying der Industrie geschuldet war, bleibt die Frage, welche Interessen die Regierung mit ihrem Engagement verfolgte. Obwohl die Beschreibung des Restrukturierungsprozesses schon erste Antworten suggeriert, soll nun systematisch nach möglichen Verständnishilfen gefahndet werden. Dazu werden zwei klassische IB-Theorien in den Fokus genommen.

Diese Auswahl mag ungewöhnlich erscheinen, stellen IB-Theorien doch zumindest auf den ersten Blick nicht die Instrumente bereit, mit denen man sich natürlicherweise der Frage von Rüstungsindustriepolitik nähert. Allerdings zeigt der zweite Blick, dass sich auf Basis substanzieller IB-Theorien, in denen Staaten oder Staatengruppen eine einheitliche Vorstellung ihrer Ziele und Interessen unterstellt wird, durchaus Hypothesen über staatliches Handeln in diesem Bereich ableiten lassen, auch wenn diese aufgrund der großen Entfernung zum eigentlichen Erklärungskern der Theorie sicherlich nicht den Anspruch eines »harten Tests« erfüllen können oder sollen. Allerdings zeigt sowohl die theoriegeleitete Deduktion wahrscheinlichen Verhaltens des Staates gegenüber der Rüstungsindustrie als auch die Verwendung theoretischer Argumente im Rahmen des die Restrukturierung begleitenden Diskurses, dass zentrale IB-Theorien eine wichtige Strukturierungs- und Einordnungsfunktion im Verständnis des politischen Prozesses einnehmen, die von den zentralen »Referenztheoretikern« (Schieder/Spindler 2003: 25) möglicherweise weder antizipiert noch für sinnvoll erachtet wurde und wird.

3.1. *Die liberale Theorie des Demokratischen Friedens und der Wunsch nach Opfervermeidung*

Obwohl sich Immanuel Kant in seinem berühmten und grundlegenden Werk »Zum ewigen Frieden« nicht explizit zu Bewaffnungsfragen äußert, geschweige denn zur Herstellung von Waffen, bietet die monadische Variante der Theorie des Demokratischen Friedens dennoch einen Ansatzpunkt, um sich der Frage demokratischer Sicherheitsvorsorge anzunähern, wie dies z. B. Eric Gartzke (2001) sowie Benjamin

Fordham und Thomas Walker (2005) mit Bezug auf demokratische Ressourcenallokation im Verteidigungsbereich demonstriert haben.¹⁷ Dabei spielen die Präferenzen, die man den Bürgerinnen und Bürgern westlicher Demokratien unterstellt und die in einer Demokratie aufgrund des politischen Systems ihre institutionelle Übersetzung in konkrete Entscheidungen finden, eine zentrale Rolle. Bei vielen Forscherinnen und Forschern herrscht die Überzeugung vor, dass (zumindest westliche) Demokratien deutlich sensibler gegenüber eigenen Opfern seien als Autokratien:

»All nations with a degree of responsiveness to their citizens are casualty averse, but wealthy democratic countries have acquired a particular low political tolerance in this area« (Knight et al. 1992: 254).

Aus theoretischer Sicht lassen sich verschiedene rationalistische wie auch normative Erklärungsmuster für diese Annahme angeben. Schon Immanuel Kant verweist darauf, dass sich Republiken friedlicher als Autokratien verhalten müssen, da die Bürgerinnen und Bürger alle Kosten und Leiden des Krieges für sich selbst zu beschließen hätten. Dieses rationalistische Argument bezieht sich ausschließlich auf das eigene Leben, das der eigenen Kinder und das Leben der Mitbürger – fremde Zivilisten werden hiervon nicht erfasst.

Zusätzlich verweisen einige Autoren auf spezifische Normen und Werte der Aufklärung, denen sich Demokratien in besonderer Weise verpflichtet fühlen: So werden Soldaten in Demokratien als Individuen und Träger von verbrieften Rechten – z. B. dem Recht auf Unversehrtheit der Person – anerkannt. Diese normative Kriegsaversion besitzt gegenüber der rationalistischen Variante eine deutlich größere Reichweite und kann neben den eigenen auch gegnerische Zivilisten und Soldaten umfassen (Müller 2004: 498; Merom 2003: 15-21).

Allerdings gibt es auch kritische Stimmen, die argumentieren, die Bürgerinnen und Bürger westlicher Staaten seien mitnichten so opfersensibel wie von den politischen und militärischen Entscheidungsträgern behauptet.¹⁸ Es sei vielmehr eine Frage intervenierender Faktoren, die den tatsächlichen Grad der Opfersensibilität bestimmen. Als Einflussfaktor wird z. B. das nationale Interesse an einem Einsatz genannt (Larson 1996: 99-101), wobei die Einigkeit der politischen Eliten oder die Bereitschaft der Politiker, auch persönliche Risiken – z. B. die Entsendung der eigenen Kinder – in Kauf zu nehmen, als Indikator für den Grad des involvierten nationalen Interesses genannt werden (Moskos 1998). Neuere Arbeiten verweisen zusätzlich auf die Aussichten, eine Mission erfolgreich abzuschließen (Gelpi/Mueller 2006) und sprechen nicht mehr von Opferaversion, sondern stattdessen von einer Niederlagenphobie westlicher Öffentlichkeiten (vgl. Feaver/Gelpi 2004: 97).

Auch wenn diese Studien damit suggerieren, dass westliche Demokratien in bestimmten Konstellationen durchaus bereit sind, eigene und fremde Opfer in einem Konflikt zu tolerieren, bleibt für die politischen Entscheidungsträger aber immer die Frage, ob eine solche *high tolerance*-Situation tatsächlich auch in einem konkreten

17 Auf eine Einführung in die verschiedenen Varianten der Theorien des Demokratischen Friedens wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. stattdessen Geis (2001); Hasenclever (2003); Geis/Wagner (2006).

18 Vgl. Feaver/Gelpi (2004: 185); Kümmel/Leonhard (2005: 529-532).

Fall und über den gesamten Missionszeitraum hinweg vorliegt. Gerade die zweite Bedingung ist sehr schwer abzuschätzen, da sich nicht die Mission selbst ändern muss, sondern eine Veränderung der Perzeption der Mission ausreicht, um die öffentliche Opfertoleranz einzuschränken.

Die zunächst nahe liegende und auch schon von Kant vorgebrachte Möglichkeit ist, sich grundsätzlich gegen Kriegshandlungen zu entscheiden und Waffengängen auf internationaler Ebene – bis auf den eindeutigen Fall nationaler Selbstverteidigung – aus dem Weg zu gehen. Diese Alternative erscheint aber gerade für westliche Demokratien durch ihre Mitgliedschaften in UNO, NATO oder EU zunehmend eingeschränkt, da der einzelne Staat in seiner Entscheidung über Krieg oder Frieden immer weniger souverän über eine Beteiligung an einem Waffengang entscheiden kann (Müller 2002: 62f).

Entsprechend ist für die politischen Entscheidungsträger eine auf Minimierung sowohl eigener wie auch fremder Opfer zielende Sicherheitsvorsorge die beste Absicherungs- bzw. *hedging*-Strategie, will man sich möglichst viele militärische Möglichkeiten, speziell im Rahmen multilateraler Einsätze, offen halten. Vor diesem Hintergrund verweisen einige Autoren auf die zunehmende Bedeutung der so genannten RMA bzw. dem Konzept der *netzwerkzentrierten Kriegführung*.¹⁹ Durch die konsequente Nutzung aktueller Informationstechnologie konnten in den letzten zwei Jahrzehnten Waffensysteme und – darauf aufbauend – militärische Taktiken und Strategien entwickelt werden, die die eigenen Truppen (zunehmend aber auch die gegnerische Zivilbevölkerung) in besonderer Weise schützen.²⁰ Diese RMA beruht aber weniger auf dem exklusiven Zugang einiger westlicher Staaten zu einer bestimmten Hochtechnologie, wie z. B. im Nuklearbereich, sondern auf einem im Kern auf zivilen Technologien basierenden technologischen Vorsprung, besonders in der Kommunikationselektronik. Will man diesen Vorsprung – und damit die Fähigkeit, Kriege mit geringen eigenen Opfern zu führen – erhalten, sind sowohl kontinuierliche Anstrengungen und Ausgaben im Bereich von Forschung, Entwicklung und Produktion notwendig als auch die Aufrechterhaltung einer rüstungsindustriellen Basis, die einerseits in der Lage ist, den entsprechenden Anstrengungen das industrielle Rückgrat zu geben, und andererseits flexibel genug, um auf neue Entwicklungen im zivilen Sektor schnell reagieren zu können.

Allerdings zeigte schon der Blick auf Kants Argumentation, dass Demokratien nicht nur Opfer, sondern auch monetäre Kosten scheuen, da Kant explizit auch monetäre Faktoren benennt, die eine Entscheidung gegen Krieg beeinflussen.²¹ So verweist er auf »die Kosten des Krieges«, die aus der »eigenen Habe herzugeben« seien, die »Verwüstungen«, die ein Krieg hinterlässt oder auch die »nie [...] zu tilgende Schuldenlast«, für die Bürger am Ende aufkommen müssen (Kant 1984: 12f). Damit stehen Demokratien aber vor einem Abwägungsprozess: Minimierte Opferzahlen im Krieg, gesichert durch modernste Waffensysteme, bedeuten höhere Kos-

19 Vgl. Bland (2001: 28f); Butfoy (2006: 113). Kritisch zum Konzept der RMA: O'Hanlon (2000: 143-167).

20 Vgl. Knight et al. (1992: 254-258); Eikenberry (1996); Smith (2005: 506).

21 So auch die Einschätzung bei Fordham/Walker (2005: 142).

ten der Vorbereitung in Friedenszeiten und vice versa. Aus dieser liberalen Perspektive würde eine aktive staatliche Rüstungsindustriepolitik eine doppelte Zielsetzung verfolgen: erstens die Wahrung des eigenen technologischen Vorsprungs zur *Opferminimierung* und zweitens die Eindämmung der dafür aufzubringenden Rüstungskosten.

3.2. Neorealismus und die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die nationale Sicherheit

Der Neorealismus in seiner defensiven Waltzschen Ausprägung unterstellt Staaten, dass ihr höchstes Interesse dem eigenen Überleben gilt, dem andere Interessen (z. B. ökonomische Wohlfahrt) im Zweifelsfall untergeordnet werden (Waltz 1979). Dieses zentrale Interesse gerinnt vor dem Hintergrund der praktisch unüberwindlichen Anarchie des internationalen Systems zu dem bekannten Selbsthilfeimperativ, dem zufolge Staaten »beständig Macht akkumulieren, um ihre eigene Sicherheit und damit auch die eigene Handlungsfreiheit zu garantieren« (Masala 2006: 91). Unilaterale Überlegenheit eines Staates ist nach dieser Theorie nicht von langer Dauer, da sich bald Staaten finden werden, die in der Lage sind, ein Gegengewicht gegen die Macht des stärksten Staates zu bilden. Trotzdem gilt es für Staaten aus Gründen der nationalen Sicherheit immer, die eigene Machtposition zu verteidigen – auch wenn sie ihnen mehr oder weniger unbeabsichtigt zugefallen ist. Viele Anhänger der Theorie argumentieren zwar, aus dem Neorealismus als (vermeintlich) systemischer Theorie²² ließen sich keine Aussagen und schon gar keine Prognosen über das Verhalten einzelner Staaten ableiten (Waltz 1996; Masala 2006: 92). Man kann den Neorealismus in Analogie zur Mikroökonomie allerdings auch als im Kern rationalistisch-individualistische Theorie auffassen.²³ Aus dieser Sicht lassen sich unter der Annahme der Rationalität der Akteure und dem unterstellten Wunsch nach maximierter Sicherheit zumindest *wahrscheinliche* Handlungen ableiten, da der Systemdruck konditionierende Wirkung ausübt – ebenso, wie man die wahrscheinliche Preisgestaltung eines an Gewinnmaximierung interessierten Unternehmens in verschiedenen Marktsituationen prognostizieren kann, ohne die interne Kostenkalkulation zu kennen. So ist es auf Basis neorealistischer Annahmen durchaus plausibel anzunehmen, dass Sicherheitsmaximierer auf den Systemdruck rational reagieren und diesen Druck in ihrer Sicherheitsvorsorge entsprechend berücksichtigen.

Denn obwohl sich nach neorealistischem Verständnis militärische Gleichgewichte gleichsam automatisch einstellen und nicht zwingend Ergebnis einer *gezielten* Balancepolitik sind (Masala 2005: 98), müssen *individuelle* Handlungen in der Regel doch einer einheitlichen Logik folgen, wenn im internationalen System eine Tendenz zu einer *balance of power* bestehen soll. Zwar werden Neorealisten nicht

22 Zur Kritik des Neorealismus als systemische Theorie vgl. Siedschlag (1997: 89-92); Schörnig (2003: 66).

23 Neorealisten akzeptieren diese Auffassung im Kern, spielen ihre Bedeutung aber gerne herunter. Vgl. z. B. Masala (2006: 89, Fn. 6).

müde, darauf zu verweisen, dass Staaten immer die Möglichkeit besitzen, auch gegen den Systemimperativ zu handeln (z. B. Masala 2005: 99), was eine Anwendung als Außenpolitiktheorie verhindere. Geht es hingegen um eine praktische Politikberatung bzw. -interpretation, scheuen sie sich selten, eine aus ihrer Sicht optimale bzw. rationale Politik zu empfehlen oder das Verhalten von Staaten vor dem Hintergrund ihrer Theorie zu deuten. So war es z. B. für Werner Link »klar«, dass die außenpolitische Ziele der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes »die Erhaltung der militärischen und ökonomischen Spitzenposition« sein würden (Link 1998: 22).

Einige neorealistische Autoren gingen noch weiter und forderten schon in den frühen 1990er Jahren, sich auf mögliche zukünftige Machtrivalitäten als Herausforderung der eigenen nationalen Sicherheit einzustellen. Allerdings sollten sich die USA eher darauf konzentrieren, inneren Gründen eines möglichen Machtverlustes entgegenzuwirken und mögliche Herausforderer durch geschickte Diplomatie in Schach zu halten, als aktiv auf einen Ausbau der eigenen Macht zu setzen.²⁴ Gleichzeitig betonten Neorealisten unisono, dass die amerikanische technologische Überlegenheit neben ökonomischen Faktoren einen der zentralen Pfeiler der aktuellen US-Machtposition darstellt: »Thanks to a decades-old policy of harnessing technology to the generation of military power, the U.S. comparative advantage in this area mirrors Britain's naval preeminence in the nineteenth century« (Wohlforth 1999: 17f).

Eine Möglichkeit, diesen doppelten Anspruch zu befriedigen, d. h. eigene Schwächen zu minimieren, potenzielle Herausforderer abzuschrecken und den technologischen Vorsprung zu sichern ohne dabei das Bild des aggressiv aufrüstenden Hegemons zu forcieren, ist eine aktive, die rüstungsindustrielle Basis optimierende Politik. Entsprechend setzten sich einige Neorealisten auch explizit mit der Rüstungsindustrie auseinander. So argumentierte Theodore Moran schon 1993, es müsse verstärkt in *dual use*-Technologien investiert werden, um so deutschen bzw. japanischen Ambitionen im Hightech-Bereich zu begegnen (Moran 1993: 213-215). Damit bietet ein nicht mehr strikt an der theoretischen Immunisierung klebender Neorealismus ebenfalls eine kohärente *ex post*-Erklärung für eine aktive Rüstungsindustriepolitik. Im Gegensatz zur vorherigen liberalen Argumentation werden allerdings andere Begründungen zugrunde gelegt. Aus Sicht des Neorealismus wäre zu erwarten, dass politische Entscheidungsträger sich primär auf Argumente der nationalen Sicherheit und der Abschreckung potenzieller Herausforderer stützen, um für die Unterstützung ihrer Politik zu werben. Dabei können sie sich, wie Moran hervorhebt, neben der quantitativen auch auf die qualitative Überlegenheit stützen. Eine besondere Betonung von Hochtechnologie ist also auch mit einer neorealistischen Argumentation vereinbar, allerdings erfolgt die argumentative Verknüpfung anders als in der Theorie des Demokratischen Friedens.

24 Vgl. z. B. Layne (1993: 46); Joffe (1995: 116f); Kupchan (1998: 42); Taliaferro (2000: 159f).

4. Methodologie

Der letzte Abschnitt hat gezeigt, dass es auch aus IB-theoretischer Sicht unproblematisch ist, eine kohärente und schlüssige *ex post*-Erklärung für eine aktive amerikanische Politik gegenüber der Rüstungsindustrie in den 1990er Jahren zu liefern. Dabei unterscheiden sich die von der liberalen Theorie des Demokratischen Friedens und dem Neorealismus unterstellten *Motive* des Handelns allerdings erheblich. Um beurteilen zu können, welche Perspektive am besten zum Verständnis der Politik beiträgt, wurde zusätzlich eine kombinierte qualitativ/quantitative Inhalts- und Kontingenzanalyse zentraler Senatsdebatten durchgeführt. Ziel der Analyse war es, Argumentationsmuster und -cluster zu identifizieren, die im Rahmen der Debatten als gute Argumente zur Rechtfertigung einer aktiven Politik dienten und die mit den theoretisch deduzierten Erwartungen bezüglich zentraler Präferenzen und daraus resultierender Argumentationsmuster verglichen werden können.

4.1. Inhaltsanalyse – ein Instrument zur Identifikation von Motivation?

Grundsätzlich ist es natürlich nicht möglich, die persönliche Motivation einer Person für oder gegen eine konkrete Handlung zweifelsfrei auf Basis einer Aussage über diese Motivation zu identifizieren, da Menschen immer die Möglichkeit der strategischen Antwort und falschen Darstellung ihrer Präferenzen offensteht. Aus dieser Sicht erscheint eine Inhaltsanalyse der Aussagen zentraler handelnder Akteure zunächst wenig hilfreich, um die der Restrukturierungspolitik zugrunde liegenden Motivationen zu identifizieren. Allerdings ist anzunehmen, dass Akteure, deren Handeln von der Zustimmung einer anderen Instanz abhängt (dies kann das Parlament oder auch die interessierte Öffentlichkeit sein), ihre Handlungen mit den Argumenten legitimieren werden, die ihrer Meinung nach die Wünsche und Interessen der Zielgruppe am besten treffen und denen sie entsprechend die höchste Überzeugungskraft zuschreiben. Dies gilt in besonderer Weise für öffentliche Debatten in Parlamenten, wo im Idealfall eine Mehrheit der Abgeordneten überzeugt werden muss (Wagner 2002: 194-197). So argumentiert z. B. Marijke Breuning: »Statements made during parliamentary debate are a more reliable guide to behavior than, for example, campaign speeches, since the former entail arguments for or against actions proposed or undertaken by the government« (Breuning 1995: 253). Zusätzlich verstärkt wird dieser Effekt in präsidentiellen Demokratien, da der Fraktionszwang deutlich abgemildert ist und die Administration das Parlament in vielen Fällen individuell überzeugen muss (Schreyer 1996). Entsprechend ist es für eine Inhaltsanalyse zur Identifikation von abstrakten staatlichen Präferenzen nicht notwendig, dass die einzelnen politischen Akteure ihre individuellen Handlungsinteressen tatsächlich offenbaren. Denn aus der Summe vieler Aussagen lässt sich ein Bild der Argumente rekonstruieren, denen von der Mehrheit der Sprecherinnen und Sprecher Relevanz und Überzeugungskraft zugemessen wird, von denen sie also die *Erwartung* haben, dass sie den Interessen der Mehrheit der zu überzeugenden Öffentlich-

keit entsprechen. Dies schließt natürlich nicht aus, dass einzelne Sprecher eine verzerrte oder gar falsche Einschätzung der Interessen der Mehrheit der Zielgruppe besitzen. Ist allerdings die Zahl der betrachteten Sprecherinnen und Sprecher groß genug, so kann man diese Möglichkeit vernachlässigen.

4.2. Inhaltsanalyse, Analyseeinheit und Kategorienschema

Im Rahmen dieser Arbeit wurden 42 Senatsanhörungen im Zeitraum zwischen 1989/90 und 1999 analysiert, wobei nur solche Anhörungen berücksichtigt wurden, die einen der drei Reformbereiche – Beschaffungsreform, *dual use*-Programme oder Restrukturierung der Rüstungsindustrie – zum Thema hatten. Als Analyseeinheit fungierte hierbei der jeweilige Sprecher; sowohl dessen eigentliche Stellungnahme als auch ein möglicher vorgefertigter Text (»written statement«) sowie die Antworten auf Rückfragen wurden kodiert. Insgesamt wurden 185 Sprecherinnen und Sprecher ausgewertet. Dazu zählten Vertreter der Administration, Mitglieder des Senates, Sprecher der Industrie, Wissenschaftler und Sachverständige (z. B. des *General Accounting Office*) und Militärs. Insgesamt wurden 18 verschiedene Argumente berücksichtigt (Tabelle 1).²⁵

Auf Basis der in Tabelle 1 beschriebenen Argumente wurden die ausgewählten Senatsanhörungen *qualitativ* interpretiert²⁶ und anschließend in einer binären *Statistical Product and Service Solutions* (SPSS) Datenmatrix²⁷ erfasst, um so eine anschließende *quantitative* Auswertung zu ermöglichen.

4.3. Von der Frequenz- zur Kontingenz- und Faktorenanalyse

Klassischerweise ist die Analyse von Frequenzen, also der Häufigkeit des Auftauchens bestimmter Begriffe oder Argumente, das zentrale Ziel einer politikwissenschaftlichen Inhaltsanalyse (Merten 1983). Die Feststellung der Nennungshäufigkeiten lässt oft schon einen Rückschluss auf die Relevanz bestimmter Argumente zu und bietet erste Hinweise auf die Bedeutung einzelner theoretisch deduzierter Argumente im Legitimationsprozess. Allerdings wird so die Feinstruktur der Argumentations- und Legitimationsmuster nur unzureichend ausgeleuchtet. Eine Möglichkeit, genauere Strukturen abzubilden, ist die Kontingenzanalyse in Anlehnung an die Arbeiten von Charles E. Osgood (vgl. Merten 1983: 156-164; Diekmann 2000: 498-500).

25 Die Auswahl der 18 kodierten Argumente erfolgte zunächst auf Basis theoretischer Deduktion und wurde nach einer Voruntersuchung um häufig gefundene Argumente induktiv ergänzt. Zum genauen Vorgehen vergleiche Schörnig (2005: 256-261, sowie 354-360).

26 Für eine genauere Darstellung der kodierten Argumente (»Codebook«) vgl. Schörnig (2005: 357-360).

27 In der Matrix wurde das Auftauchen eines Arguments mit einer »1« kodiert, wobei die quantitative Häufigkeit *innerhalb* einer Analyseeinheit keine Rolle spielte.

Tabelle 1: Übersicht über alle kodierten Argumente

Nr.	Label	Beschreibung
A1	INTWET	Erhalt internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie
A2	ARBPL	Erhalt von Arbeitsplätzen/Unterstützung von Gemeinden
A3	OEKONO	»Gesunde« amerikanische Wirtschaft (Wachstum)
A4	INDUST	»Gesunde« Rüstungsindustrie, ²⁶ Sorge um Zustand/Zukunft der Rüstungsindustrie
A5	TUE	Erhalt der technologischen Überlegenheit der USA
A6	KOSTEN	Kostenersparnis im materiellen Sinn
A7	OPFER	Geringe eigene Opfer, minimierte eigene Opfer
A8	INFAEH	Erhalt zentraler technischer Fähigkeiten der Industrie (inkl. <i>tacit knowledge</i>)
A9	INKAPA	Erhalt zentraler industrieller Kapazitäten (inkl. <i>surge capacity</i>)
A10	ABSCH	Erhalt einer glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit gegenüber anderen Staaten
A11	SIEG	Schnelle, überwältigende Siege
A12	FUEHR	US-Führungsanspruch (weltweit/Westen)
A13	MILST	Hergebrachte militärische Strategie (in Zusammenhang mit technologischer Überlegenheit)
A14	KULTU	Entspricht US-Kultur (in Zusammenhang mit technologischer Überlegenheit)
A15	NASI	Verteidigung nationaler Sicherheit
A16	NEUBE	Potenzielle zukünftige regionale Bedrohungen/erwartete neue Szenarien (nicht zwingend als Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden)
A17	PROLI	Angst vor Proliferation von Hightech-Waffen
A18	KOLLA	Vermeidung von zivilen Opfern auf der Gegenseite (»Kollateralschäden«)

- 28 In den Debatten benutzen die Sprecherinnen und Sprecher oftmals den Begriff »healthy«. Dieser drückt in diesem Zusammenhang mehr aus als die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie; er berücksichtigt auch die Dimensionen der Leistungsfähigkeit, Verlässlichkeit und Robustheit.

Die Kontingenzanalyse basiert auf der Untersuchung, welche Kategorien (z. B. Wörter oder Argumente) innerhalb der jeweiligen Analyseeinheiten signifikant korrelieren, d. h. welche Argumente von den jeweiligen Sprechern besonders häufig zusammen genannt werden und entsprechend auffällige Argumentationscluster und Assoziationsmuster zur Legitimation des eigenen Handelns bilden. Oftmals nutzen Sprecher zur Rechtfertigung ihrer Position nicht nur ein Argument, sondern ein ganzes Bündel bzw. Cluster von Argumenten, von denen sie annehmen, dass sie zusammengehören, sich gegenseitig verstärken oder aufeinander aufbauen (vgl. Fogelin/Sinnott-Armstrong 1997). Ein weiterer Vorteil der Kontingenzanalyse ist, dass sie gegenüber dem strategischen Gebrauch von Argumenten unanfälliger ist, da der strategische Gebrauch von einzelnen Argumenten wesentlich leichter zu bewerkstelligen ist als das Reproduzieren komplexer Argumentationsstrukturen.

Eine weitergehende Methode, um auf Basis einer Korrelationsanalyse Strukturen zwischen Variablen herauszufiltern, ist die so genannte Faktorenanalyse. Sie zählt, ebenso wie die Korrespondenzanalyse und die statistische Clusteranalyse, zu den »Struktur entdeckenden Verfahren«, die »primär zur *Entdeckung von Zusammenhängen* zwischen Variablen oder zwischen Objekten« (Backhaus et al. 2003: 12, Hervorh. dort) angewendet werden. Mit Hilfe einer Faktorenanalyse sollen die Faktoren entdeckt werden, »die sich quasi hinter den tatsächlich erhobenen Variablen »verstecken« (Voß 2000: 269), selbst aber nicht beobachtbar sind (Schulze 1998: 194). Je nach Vorgehen der Analyse und Wahl der Analysemethode können sowohl kausal zu interpretierende Ergebnisse (*Hauptachsenanalyse*) als auch eher zusammenfassende Ergebnisse extrahiert werden (*Hauptkomponentenanalyse*). Im letzteren Fall zielt die Faktorenanalyse auf eine »möglichst umfassende *Reproduktion* der Datenstruktur durch möglichst wenige Faktoren« (Backhaus et al. 2003: 292) bzw. eine *Verdichtung* der ursprünglichen Daten. Diese Eigenschaft kann man sich bei der Frage nach dominanten Assoziations- und Argumentationsstrukturen im Rahmen der Kontingenzanalyse zu Nutze machen, indem man eine besonders starke Assoziationsstruktur zwischen den Argumenten als zusammenfassenden Faktor begreift. Ein Faktor kann in diesem Fall als eine den empirisch beobachteten Daten zugrunde liegende imaginäre Variable verstanden werden, die mit den empirischen Daten korreliert: je enger die Beziehung zwischen einer möglichst großen Anzahl von empirischen Kategorien (hier: Argumenten) und einem Faktor, desto höher die Erklärungskraft dieses Faktors. Ein zentraler Vorteil gegenüber der »freihändigen« Interpretation der Kontingenzanalyse ist, dass die Faktorenanalyse ein Maß für die Stärke der Zusammenfassung angibt und ein Kriterium benennt, nämlich den Eigenwert des Faktors, nach dem die »Güte« eines zusammenfassenden Faktors beurteilt werden kann.

5. Empirische Ergebnisse

5.1. Frequenzanalyse

Die nachfolgende Tabelle 2 zeigt zunächst die reinen Nennungshäufigkeiten der kodierten Argumente:

Tabelle 2: Häufigkeit der benutzten Argumente, alle Analyseeinheiten

<i>Argument</i>	<i>Name</i>	<i>Anzahl</i>	<i>% der Antworten</i>	<i>% der Fälle</i>
1. Kostenersparnis	A6KOSTEN	117	15,0	63,2
2. Technologische Überlegenheit	A5TUE	112	14,3	60,5
3. Nationale Sicherheit	A15NASI	90	11,5	48,6
4. Neue zukünftige Bedrohung	A16NEUBE	70	9,0	37,8
5. Minimierte eigene Opfer	A7OPFER	54	6,9	29,2
6. Erhalt technischer Fähigkeiten	A8INFAEH	46	5,9	24,9
7. Wachstum amerikanischer Wirtschaft	A3OEKONO	40	5,1	21,6
8. Proliferation von Hightech-Material	A17PROLI	37	4,7	20,0
9. Erhalt industrieller Kapazitäten	A9INKAPA	35	4,5	18,9
10. »Gesunde« Rüstungsindustrie	A4INDUST	33	4,2	17,8
11. US-Führungsanspruch	A12FUEHR	29	3,7	15,7
12. Internationale Wettbewerbsfähigkeit	A1INTWET	27	3,5	14,6
13. Glaubwürdige Abschreckung	A10ABSCH	21	2,7	11,4
14. Arbeitsplätze/Gemeinden	A2ARBPL	20	2,6	10,8
15. Schnelle, überwältigende Siege	A11SIEG	20	2,6	10,8
16. Hergebrachte militärische Strategie	A13MILST	15	1,9	8,1
17. Vermeidung von Kollateralschäden	A18KOLLA	11	1,4	5,9
18. Entspricht US-Kultur	A14KULTU	5	0,6	2,7
Gesamt		782	100,0	422,7

Anmerkung: 0 fehlende Fälle; 185 gültige Fälle.

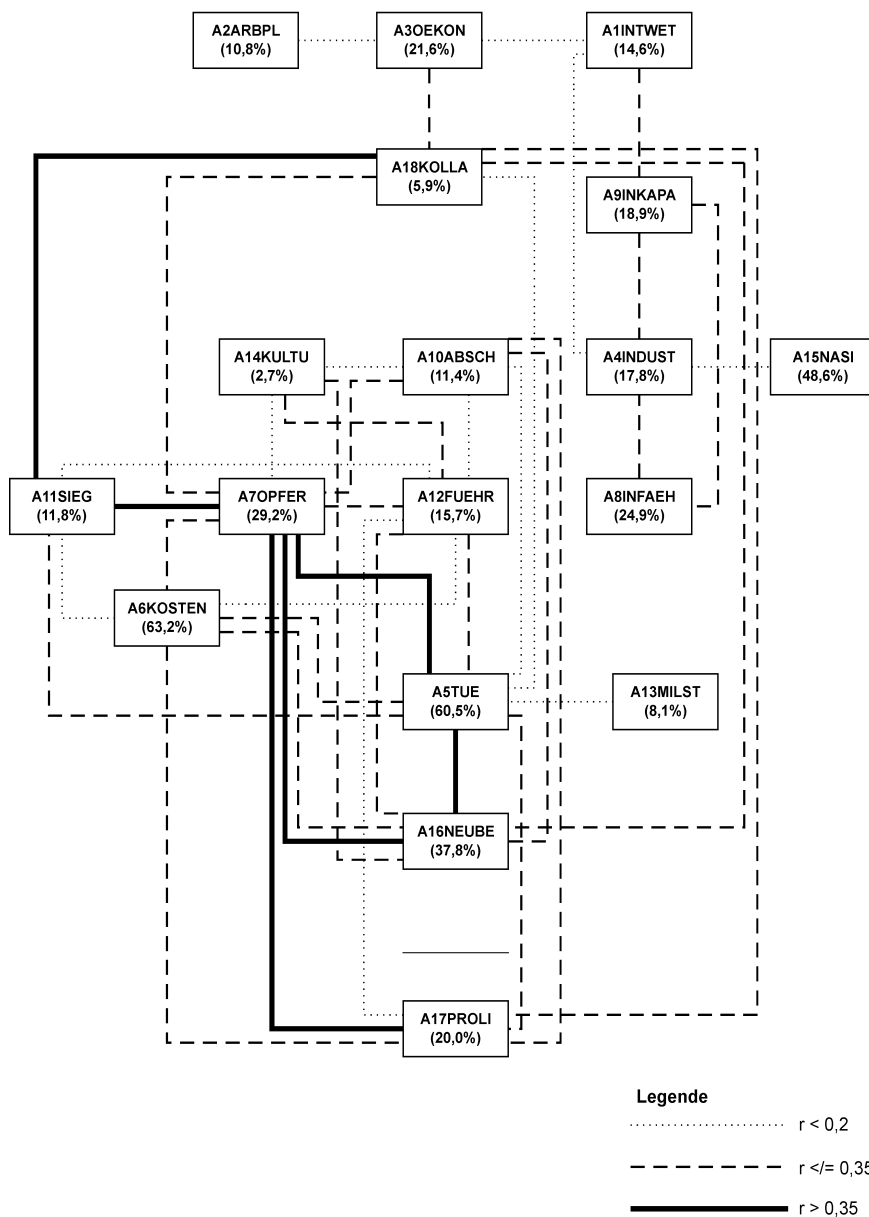
Die Tabelle zeigt, dass das Ziel der Kostenersparnis von 63,2% aller Sprecherinnen und Sprecher – also am häufigsten – genannt wurde. So überrascht es nicht, dass viele Beobachter des Restrukturierungsprozesses den Faktor Kostenersparnis mittels Abbau von Überkapazitäten bzw. die Reduzierung von Friktionen im Beschaffungsbereich identifiziert haben. Allerdings fehlt meist der Verweis auf das zweite Argument – die Wahrung der eigenen technologischen Überlegenheit –, das mit einer Häufigkeit von 60,5% nur unwesentlich hinter dem Ziel der Kostenreduktion folgt. Dies unterstreicht die Gleichrangigkeit der Ziele, die von vielen Beobachtern des Prozesses nicht erkannt wurde. Das eindeutig neorealistische Argument der nationalen Sicherheit folgt auf Platz drei und wurde von etwa der Hälfte der Sprecher genannt. Neue (regionale) Bedrohungen, also Szenarien wie der Golfkrieg des Jahres 1991, folgen auf Rang vier mit 37,8%. Das Argument, die eigenen Soldaten adäquat schützen zu können, liegt auf Platz fünf und wurde von fast jedem dritten Sprecher genannt. Damit kann festgehalten werden, dass die zentralen, d. h. besonders häufig genutzten Argumente durchaus im Einklang mit den auf Basis des Neorealismus und der Theorie des Demokratischen Friedens gebildeten Erwartungen stehen. Dies zeigt, dass IB-Theorien sehr wohl zum Verständnis des aktiven Engagements der Regierung im Rahmen des Restrukturierungsprozesses beitragen können.

5.2. Kontingenzanalyse

In einem nächsten Schritt wird nun geprüft, ob die Ermittlung der Assoziation zentraler Argumente untereinander ein schärferes Bild ermöglicht. Da sich bei 18 relevanten Argumenten insgesamt also 153 Assoziationen ergeben, wird die Betrachtung auf die signifikanten positiven Korrelationen zwischen den Argumenten reduziert und in grafischer Form präsentiert. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Korrelationsstruktur der verschiedenen Argumente, wobei die Stärke der Verbindungslinie die Stärke der Assoziation gemessen durch den Korrelationskoeffizienten r angibt.²⁹

29 Es muss betont werden, dass die grafischen Abstufungen des Korrelationskoeffizienten willkürlich festgelegt wurden und der Illustration dienen. Die genauen Werte finden sich bei Schörnig (2005: 350-354).

Abbildung 1: Argumentationsassoziationen, alle Analyseeinheiten



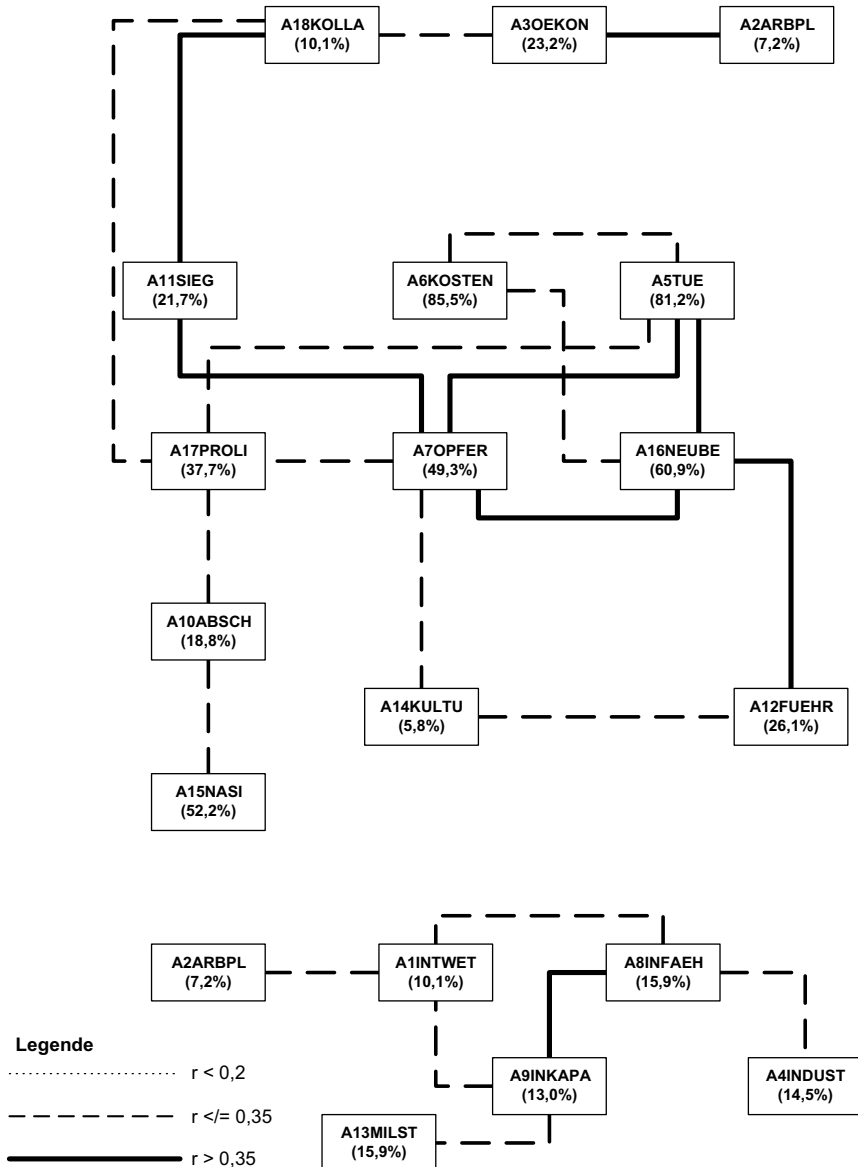
Anmerkung: Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die prozentuale Nennung, wie in Tabelle 2 angegeben, wieder.

Abbildung 1 zeigt ein auffälliges Legitimationsmuster: Technologische Überlegenheit (A5), neue (regionale) Bedrohungen (A16), Proliferation von modernster Technologie (A17) und Vermeidung von eigenen Opfern formen ein miteinander verwobenes Cluster. In dieses Cluster kann aufgrund seiner Häufigkeit und der (moderaten) Korrelation mit den genannten Argumenten ebenfalls das Kostenargument (A6) integriert werden. Offensichtlich werden diese Argumente ausgesprochen häufig *zusammen*, d. h. innerhalb eines Redebeitrags, verwendet. Ein systematischer Bezug des Arguments »nationale Sicherheit« (A15) zu anderen Argumenten lässt sich trotz seiner ausgesprochen häufigen Nennung hingegen nicht aufzeigen. Es findet sich nur eine schwach ausgeprägte Korrelation mit der Sorge um eine starke Rüstungsindustrie (A4). Dies stärkt insgesamt eine liberal geprägte Interpretation der Motivationen der Entscheidungsträger und schwächt eine neorealistische Deutung. Aufgrund der Korrelationsstruktur bietet sich die folgende Interpretation an: Neben dem Ziel der Kostenreduktion verfolgten die amerikanischen Entscheidungsträger mit ihrer rüstungsindustriellen Strategie *gleichrangig* das Ziel der Aufrechterhaltung der amerikanischen technologischen Überlegenheit. Diese sollte es ermöglichen, auf unvorhergesehene neue Bedrohungen – die, wie z. B. der Golfkrieg 1991, allerdings nicht als Bedrohung der nationalen Sicherheit, also nicht als *vital threat*, verstanden wurden – mit minimalen eigenen Opfern zu reagieren. Das Streben nach amerikanischer Führungsrolle und die hieraus resultierenden möglichen Verstrickungen in weltweite Konflikte können als verstärkender Faktor hinzugenommen werden. Aber auch ohne diese Führungsrolle wurden Szenarien antizipiert, die den Einsatz amerikanischer Truppen zwingend nötig machen würden. Die Sorge um die nationale Sicherheit spielt in diesem Cluster *keine* zentrale Rolle.

Neben diesem dominanten Cluster zeigt sich allerdings noch eine weitere auffällige Argumentationsstruktur. Argumente, die sich in erster Linie mit der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der *Bewahrung* spezieller Fähigkeiten oder Kapazitäten auseinandersetzen, werden ebenfalls relativ häufig zusammen genannt. Die Tatsache, dass das Argument der nationalen Sicherheit nur mit diesem Cluster in Verbindung steht, erinnert an das Konzept der »Securitization« der Kopenhagener Schule (Buzan et al. 1998). Nationale Sicherheit bietet sich dann als besonders gewichtiges Argument an, wenn der Eingriff in den Restrukturierungsprozess der Beibehaltung industrieller Strukturen dienen soll, die ansonsten zur Disposition stehen würden.

Das dominante Muster wird noch deutlicher, wenn man die Betrachtung auf Regierungsvertreter fokussiert. Die nächste Abbildung zeigt die »Argumentationskarte«, die sich allein auf Basis der Stellungnahmen von Mitgliedern der Regierung, also der treibenden Kraft im Restrukturierungsprozess, ergibt.

Abbildung 2: Argumentationsassoziationen, Administration



Anmerkung: Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die prozentuale Nennung durch die Sprecherinnen und Sprecher wieder.

In Abbildung 2 zeigt sich der oben beschriebene argumentative Zusammenhang noch deutlicher: Mehr als jeweils 80% der Sprecherinnen und Sprecher verweisen in ihren Begründungen für eine aktive Rüstungsindustriepolitik auf Kosteneinsparungen und das Streben nach technologischer Überlegenheit. Auch ist der Wunsch nach Opfervermeidung deutlich ausgeprägter und wird von 49,3% aller Sprecher genannt. Damit liegt das Argument mit »nationaler Sicherheit« (53%) fast gleich auf. Ferner ist der Assoziationszusammenhang zwischen technologischer Überlegenheit, eigenen Opfern und neuen Bedrohungsszenarien noch deutlicher ausgeprägt.

5.3. Faktorenanalyse

Die Argumentation im letzten Abschnitt basierte auf der Analyse einer vereinfachten grafischen Darstellung der Korrelationsmatrix. Eine genauere Analyse bietet in diesem Zusammenhang die Faktorenanalyse. Da auch die Faktorenanalyse an der Korrelationsmatrix ansetzt, ist zu erwarten, dass der extrahierte Faktor mit der höchsten Erklärungskraft, d. h. der höchsten erklärten Varianz der empirischen Beobachtung, den im letzten Abschnitt identifizierten Argumentationscluster repräsentiert. Tabelle 3 (Seite 33) zeigt die Ergebnisse der Faktorenanalyse aller kodierten Statements.

Von den drei relevanten Faktoren verfügt der erste Faktor offensichtlich über die höchste Erklärungskraft, da er allein fast ein Viertel der Varianz der Beobachtungen erklärt. Ein Blick auf die Korrelationskoeffizienten des Faktors mit den einzelnen Kategorien bestätigt die vorherige Vermutung eines liberalen Argumentationsclusters, da sowohl Opfervermeidung, technologische Überlegenheit, Proliferation als auch neue (regionale) Bedrohungen hohe Werte aufzeigen. Allerdings zeigt sich auch, dass das Argument Führungsrolle besser abschneidet, als es die vorherige Kontingenzanalyse suggerierte, während das Argument der Kostenersparnis schlechter abschneidet. Gestärkt wird die liberale Lesart des Argumentationsclusters zusätzlich durch das relativ gute Abschneiden des Arguments der Vermeidung von Kollateralschäden, wobei dieses Ergebnis angesichts der geringen absoluten Häufigkeit des Arguments mit Vorsicht zu interpretieren ist. Der zweite Faktor repräsentiert das schon identifizierte Industriecluster, das ebenfalls um das Argument der nationalen Sicherheit erweitert ist. Der dritte Faktor schließlich besitzt ebenfalls keine besonders hohe Erklärungskraft und verweist (nochmals) auf den argumentativen Zusammenhang zwischen schnellen Siegen und den daraus resultierenden (vermeintlich) geringen zivilen Opfern. Tabelle 4 (Seite 34) zeigt die Faktorenmatrix für die Administration.

Tabelle 3: Faktormatrix Faktoren 1 bis 3 nach Ausschluss der Variablen 3 und 13

	Faktoren		
	1	2	3
Eigenwert	3,52	1,529	1,284
% der erklärten Varianz	22,001	9,555	8,024
Argument³⁰			
A1INTWET	-0,323	0,368	-0,056
A2ARBPL	-0,319	0,157	0,030
A4INDUST	-0,288	0,614	0,221
A5TUE	0,596	0,286	-0,02
A6KOSTEN	0,460	0,123	0,084
A7OPFER	0,725	0,093	0,081
A8INF AEH	-0,289	0,542	0,071
A9INKAPA	-0,324	0,413	0,107
A10ABSCH	0,385	0,108	-0,237
A11SIEG	0,589	0,073	0,357
A12FUEHR	0,475	0,225	-0,481
A14KULTU	0,293	0,126	-0,694
A15NASI	0,050	0,568	0,006
A16NEUBE	0,689	0,116	-0,086
A17PROLI	0,656	0,030	0,231
A18KOLLA	0,485	-0,030	0,497

Anmerkung: Die Tests auf Eignung der Daten für die Korrelationsanalyse sind zunächst positiv: Die Wahrscheinlichkeit für eine rein zufällige Abweichung von der Einheitsmatrix liegt bei unter 0,01%, und der ausgewiesene »measure of sampling adequacy« (MSA)-Wert ist mit 0,755 als gut zu bewerten (vgl. Backhaus et al. 2003: 276). Allerdings weisen die beiden Variablen »gesunde Wirtschaft« und »militärische Strategie« MSA-Werte kleiner 0,5 auf und werden aus der Analyse entfernt. Die Matrix erreicht nun insgesamt einen MSA-Wert von 0,801.

30 Es werden jeweils die Korrelationskoeffizienten zwischen dem entsprechenden Faktor m und dem Argument n angegeben.

Tabelle 4: *Faktorenmatrix, Datensatz Administration, nach Ausschluss der Variablen 3 und 13*

	Faktoren			
	1	2	3	4
Eigenwert	3,469	1,664	1,513	1, 448
% der erklärten Varianz	21,681	10,399	9,457	9,049
Argument				
A1INTWET	-0,585	0,034	0,151	0,306
A2ARBPL	-0,474	0,010	-0,002	0,203
A4INDUST	-0,306	0,172	0,080	0,375
A5TUE	0,678	0,358	-0,069	-0,112
A6KOSTEN	0,303	0,522	0,230	-0,255
A7OPFER	0,671	0,122	0,000	0,062
A8INFAEH	-0,314	0,731	-0,228	0,245
A9INKAPA	-0,291	0,577	-0,055	0,373
A10ABSCH	0,376	-0,408	-0,225	0,491
A11SIEG	0,429	0,119	0,507	0,194
A12FUEHR	0,440	0,098	-0,484	0,053
A14KULTU	0,310	-0,197	-0,529	0,171
A15NASI	0,095	-0,096	-0,075	0,666
A16NEUBE	0,719	0,298	-0,232	0,038
A17PROLI	0,571	-0,147	0,314	0,278
A18KOLLA	0,389	-0,0256	0,625	0,242

Anmerkung: Auf die Darstellung eines fünften Faktors wurde verzichtet, da dessen Eigenwert nur knapp über eins liegt; siehe Schörnig (2005: 288-291).

Auch in Tabelle 4 bestätigt die Faktorenanalyse die Ergebnisse der Kontingenzanalyse. Der argumentative Zusammenhang zwischen Opfern, technologischer Überlegenheit und neuen Bedrohungen zeigt sich noch ausgeprägter als in Tabelle 3, während die anderen Argumente relativ schwächer vertreten sind. Interessant ist, dass von Vertretern der Administration das Argument »Kosten« häufig zusammen mit der *Beibehaltung* industrieller Kapazitäten und Fähigkeiten genannt wird. Eine mögliche Erklärung ist, dass Vertreter der Administration *potenzielle* Einwände kontern möchten – nämlich dass das Streben nach Kosteneinsparungen zentrale industrielle Fähigkeiten zerstöre – und somit das Bewusstsein für die Problematik, notwendige Grenzen bei den Kosteneinsparungen auch anzuerkennen, nochmals betonen. Faktor drei stellt noch einmal den Zusammenhang zwischen schnellen Siegen und Kollateralschäden dar, während Faktor vier schließlich den bekannten neorealistischen Zusammenhang zwischen nationaler Sicherheit und Abschreckung aufzeigt.

6. Schlussbetrachtung

Für das amerikanische Verteidigungsministerium stellt der Konsolidierungs- und Restrukturierungsprozess der amerikanischen Rüstungsindustrie der 1990er Jahre einen beachtlichen Erfolg dar. Mit schon fast überschwänglichen Worten beschreibt die Studie »Transforming the Defense Industrial Base: A Roadmap« des Pentagon vom Februar 2003 die Leistungsfähigkeit der neu strukturierten amerikanischen Rüstungsindustrie vor dem Hintergrund des Afghanistankrieges:

»Operation Enduring Freedom had the characteristics we expect of future conflict. It came at a time we didn't anticipate, in a place we had not prepared to fight, and was conducted in a manner invented on the fly. Some of the most important successes of Operation Enduring Freedom were those of our defense industrial base: Global Hawk brought into operation before formally entering production; predator armed 9 months after approval [...] and the Phraselator providing synthetic translation services in four languages, four months after the program was approved« (Department of Defense 2003: 6).

Schon während des Kampfes gegen das afghanische Taliban-Regime zeigte sich, zu welch außerordentlicher Leistung die »neue« amerikanische Rüstungsindustrie in der Lage ist. Dabei haben nach Einschätzung des *Department of Defense* Konsolidierung und Restrukturierung der Industrie eine wichtige Rolle gespielt: »Spurred by consolidation, they [d. h. die verbliebenen Sytemhersteller] have transitioned from platform specialists to integrators of capabilities. They have taken the next step; they have organized their enterprises by outcomes rather than platforms« (Department of Defense 2003: 15). Zusätzlich unterstützt eine deutlich verbreiterte Basis an Herstellern hochmoderner Vorprodukte die *Primes* bei ihrem Streben, den technologischen Vorsprung zu halten – Ergebnisse, die sich ohne aktive Eingriffe der Administration nicht zwingend automatisch eingestellt hätten.

Die »Ergebnisse«, die aufgrund dieser Konstellation nun erzielt werden können, sind für die amerikanische Armee wie auch für die politische Führung von sehr hohem Nutzen. In der »Roadmap«-Studie wird auf den ersten acht Seiten nicht

weniger als fünf Mal auf die opfervermeidende Wirkung der neuen Waffensysteme verwiesen. So heißt es z. B.:

»The Global Hawk and Predator unmanned aerial vehicles, the two most famous new systems, removed pilots from harm's way while providing new capabilities. [...] Global Hawk provided persistent surveillance without risk to our warfighters [...] Predator flew lower than manned aircraft could safely fly to collect valuable imagery and transmit that imagery throughout the network« (Department of Defense 2003: 4).

Damit greift die Studie des Pentagon die Argumente auf, die im Rahmen dieser Arbeit als ein sehr bedeutendes Argumentationsmuster für staatliches Engagement im Rüstungssektor identifiziert wurden – technologische Überlegenheit mit dem Effekt der Opfervermeidung –, und stützt damit die auf der Theorie des Demokratischen Friedens basierende Hypothese, westliche Staaten besäßen ein deutlich stärkeres Interesse am Schutz ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger (in Uniform) als dies gemeinhin angenommen wird.

Wie die Analyse der Legitimationsmuster ergab, spielte der Wunsch nach Kostenvermeidung ebenso eine zentrale Rolle, wobei allerdings Kosten nicht um jeden Preis eingespart werden sollten. So war man durchaus auch bereit, Effizienzgewinne mit der Industrie zu teilen, um dadurch den Restrukturierungsprozess zu beschleunigen.

Eine besonders interessante Erkenntnis ist, dass es sich bei den durch die High-tech-Strategie zu vermeidenden Opfern primär um die eigenen Soldaten handelt. Der argumentative Zusammenhang, mittels technologischer Überlegenheit fremde zivile Opfer zu vermeiden, taucht praktisch nicht auf. Dies bestätigt andere aktuelle Studien (z. B. Schörnig/Lembcke 2006) und verweist auf eine *Normenhierarchie* im Bereich der Opfervermeidung, wie sie z. B. im Kosovokrieg 1999 zum Ausdruck kam. Dort gab die amerikanische Regierung den eigenen Flugzeugen eine Mindestflughöhe vor, um einen besseren Schutz vor feindlichem Flugabwehrfeuer zu gewährleisten; gleichzeitig aber nahm sie eine niedrigere Präzision der abgeworfenen Bomben und damit verbunden eine höhere Wahrscheinlichkeit von zivilen Opfern in Kauf (Gentry 2006: 207).

Aus Sicht der Debatte zur Opferaversion westlicher Staaten ist schließlich die Bedeutung des Arguments »neuer Bedrohungen« nach dem Muster des Golfkrieges im Rahmen des Argumentationsclusters beachtenswert. Wie in Abschnitt 3.1 beschrieben, verweisen einige Autoren darauf, die Toleranz gegenüber eigenen Opfern hänge im Wesentlichen davon ab, ob ein Konflikt als vitale Bedrohung des nationalen Interesses verstanden wird. Der Hinweis auf Konflikte ähnlich denen des Golfkrieges von 1991 als »neue Bedrohungen« zeigt, dass potenzielle Konflikte dieser Art eben *nicht* als Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden wurden – da sich auch keine argumentative Verbindung zwischen den Argumenten »neue Bedrohung« und »nationale Sicherheit« aufzeigen lässt. Vielmehr zeigt die rhetorische Verbindung zwischen Technologie, Opfern und den neuen Herausforderungen, dass solche Konflikte nicht als Bedrohung vitaler nationaler Interessen wahrgenommen wurden; entsprechend antizipierte man eine geringe Opfersensibilität. Dies umso mehr, als gerade das Beispiel des Golfkrieges durch die unerwartet niedrigen eigenen Opferzahlen ein Beispiel gesetzt hatte, das in Zukunft als Maßstab dienen sollte.

Da durch die Konflikte seit 1990 die Bedeutung technologischer Überlegenheit immer deutlicher betont wurde, verfolgt nun auch die republikanische Administration von George W. Bush eine analoge Strategie der konstanten Beobachtung und gegebenenfalls Intervention in die Entwicklungen der Rüstungsindustrie:

»The challenge of today's DoD [Department of Defense] policy makers is to help shape an industrial base that will supply 21st century warfighters as effectively as it has prior generations of American men and women in uniform« (Department of Defense 2003: 15).

Denn der Stopp der Konsolidierungswelle 1997/98 bedeutete nicht das Ende der Veränderung der Industrie, auch wenn der Wert der Fusionen nach 1999 deutlich sank (Sköns et al. 2004: 394). Gerade in jüngster Zeit kam es zu verstärkter Konsolidierung der nachgelagerten Ebene kleiner Hersteller von Vorprodukten, wobei vertikale Konsolidierung weiterhin nicht gestattet wurde. Gleichzeitig verfolgt das Pentagon weiterhin parallele Strategien, die neue Anbieter in den Rüstungsbereich einbeziehen sollen. Als Beispiel wird von offizieller Seite gerne der ehemalige Spielwarenproduzent *iRobot* genannt, der auf seiner Homepage mit dem folgenden Slogan wirbt: »When the task is dangerous, dirty or dull, robots developed by iRobot [...] tackle the job« (iRobot 2005). Es ist also auch in Zukunft damit zu rechnen, dass das amerikanische Verteidigungsministerium die Rüstungsindustrie mit Zuckerbrot und Peitsche in eine ihm genehme Richtung steuert, um auch für die nächsten Jahrzehnte die hohen Maßstäbe des Schutzes eigener Soldaten zu bezahlbaren Kosten aufrechterhalten zu können.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass es sinnvoll und erkenntnisbringend sein kann, IB-Theorien über ihren eigentlichen Anwendungsbereich hinaus auf innerstaatliche Fragestellungen mit indirekter Wirkung auf das internationale System anzuwenden. Gerade die liberale Theorie des Demokratischen Friedens ist trotz auffällig sparsamer Annahmen über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu beeindruckend profunden und gleichzeitig überraschenden Aussagen fähig. Die Erkenntnisse dieser Arbeit stärken die Ergebnisse von Evan Huelfer (2003), dass – zumindest im amerikanischen Fall – die Opfersensibilität deutlich stärker und intensiver ist, dass sie staatliches Handeln stärker bestimmt als bislang angenommen und dabei deutlich über die taktisch/strategische Ebene der Kriegführung hinausgeht.

Schließlich sollten die Ergebnisse dieser Arbeit auch nachdenklich stimmen. Denn offensichtlich sind die kausalen Pfade, die die monadische Variante der Theorie des Demokratischen Friedens zur Erklärung einer friedlicheren demokratischen Außenpolitik benennt, nicht so eindeutig wie bislang unterstellt. Denn es steht demokratischen Entscheidungsträgern offensichtlich offen, wie sie mit der vermuteten fundamentalen Präferenz der Opfervermeidung ihrer Bürgerinnen und Bürger umgehen. Während einige Regierungen pazifistisch reagieren und internationale Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden trachten, führen andere Demokratien signifikant häufiger Kriege (Müller/Wolff 2006: 62-65) und optimieren ihre Bewaffnung und sogar Rüstungsindustrie, um sich die Option von Kriegen mit minimalen eigenen Opfern offen zu halten. Das wirft eine zentrale Frage auf, die im Rahmen dieses Textes aber nicht mehr beantwortet werden kann: Warum sind einige Demo-

kratien offensichtlich deutlich stärker als andere daran interessiert, sich die Möglichkeit zur Kriegführung in einem ganzen Spektrum unterschiedlicher Szenarien offenzuhalten?

Die Forschung muss sich deshalb stärker mit Varianz *zwischen* den Demokratien auseinandersetzen. Dennoch wäre es übereilt, das Ergebnis der Studie mit dem Verweis auf die Sonderposition der USA als Ausnahme, die keinerlei Erkenntnismehrwert etwa für die Restrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie bieten kann, werten zu wollen. Denn auch in Europa setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten mit Hochtechnologie die Gefahren der Kriegführung erheblich reduziert. So stellte Vizeadmiral a. D. Ulrich Weisser in einer Einschätzung des deutschen Marineeinsatzes vor der Küste des Libanon vor Beginn der Mission fest, die »taktische und technische Überlegenheit der deutschen Marine-Einheiten« mache diese »dort praktisch unangreifbar« und das Risiko des Einsatzes würde »völlig überschätzt« (Weisser 2006: 2). Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Forderung, den Erhalt der deutschen bzw. europäischen Hochtechnologierüstung durch industriepolitische Maßnahmen langfristig abzusichern, um auch zukünftig die Gefahren für Soldatinnen und Soldaten im Einsatz auf ein politisch akzeptables Niveau abzusenken.

Literatur

- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulf 2003: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin.
- Ball, Nicole/Bergstrand, Bengt-Göran/Kosiak, Steven M. 1994: World Military Expenditure, in: Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 1994, Oxford, 389-454.
- Bernstein, Alvin H./Libicki, Martin/Kagan, Frederick W. 1998: High-Tech: The Future Face of War? - A Debate, in: Commentary 105: 1, 28-34.
- Bland, Douglas L. 2001: The RMA. Managing an Idea, in: Matthews, Ron/Tredendenick, John (Hrsg.): Managing the Revolution in Military Affairs, Houndmills, NY, 19-35.
- Brealey, Richard A./Myers, Stewart C. 1991: Principles of Corporate Finance, New York, NY.
- Breuning, Marijke 1995: Words and Deeds: Foreign Assistance Rhetoric and Policy Behavior in the Netherlands, Belgium and the United Kingdom, in: International Studies Quarterly 39: 2, 235-254.
- Butfoy, Andrew 2006: The Rise and Fall of Missile Diplomacy? President Clinton and the »Revolution in Military Affairs« in Retrospect, in: Australian Journal of International Affairs 52: 1, 98-114.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap 1998: Security: A New Framework for Analysis, Boulder, CO.
- Carter, Ashton B. 2001: Keeping the Edge: Managing Defense for the Future, in: Carter, Ashton B./White, John P. (Hrsg.): Keeping the Edge: Managing Defense for the Future, Cambridge, MA, 1-25.
- Carter, Ashton B./Lettre, Marcel/Smith, Shane 2001: Keeping the Technological Edge, in: Carter, Ashton B./White, John P. (Hrsg.): Keeping the Edge: Managing Defense for the Future, Cambridge, MA, 129-163.
- Cheney, Richard 1991a: Budget Lite: Recipe for Lean, High-Quality Forces, in: Defense March/April 1991, 12-17.
- Cheney, Richard 1991b: US Defense Strategy for an Era of Uncertainty, in: Jane's International Defense Review 24: [Special Issue], 7-9.
- Chinworth, Michael W. 2000: Acquisition Reform in the United States: Assessing Change, in: Defense Analysis 16: 2, 165-184.
- Cohen, Eliot A. 2000: A Twenty-First-Century Military, in: Foreign Affairs 79: 6, 40-56.
- Department of Defense 1995: A Defense Strategy for Affordable, Leading-Edge Technology, Washington, DC.
- Department of Defense 2003: Transforming the Defense Industrial Base: A Roadmap, Washington, DC.
- Diekmann, Andreas 2000: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbeck.
- Dowdy, John J. 1997: Winners and Losers in the Arms Industry Downturn, in: Foreign Policy 107: [Summer], 88-101.
- Dunne, Paul/Surry, Eamon 2006: Arms Production, in: Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2005: Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 387-427.
- Eckstein, Harry 1992: Regarding Politics: Essays on Political Theory, Stability, and Change, Berkeley, CA.
- Eikenberry, Karl W. 1996: Take No Casualties, in: Parameters, US Army War College Quarterly 26: 2, 109-118.
- Evarts, Philip P. 2002: Democracy and Military Force, Houndsmills, NY.
- Feaver, Peter D./Gelpi, Christopher F. 2004: Choosing Your Battles: American Civil-Military Relations and the Use of Force, Princeton, CA.
- Flamm, Kenneth 1999: Redesigning the Defense Industrial Base, in: Markusen, Ann/Costigan, Sean (Hrsg.): Arming the Future: A Defense Industry for the 21st Century, New York, NY, 224-246.

- Fogelin, Robert J./Sinnott-Armstrong, Walter* 1997: Understanding Arguments: An Introduction to Informal Logic, Fort Worth, TX.
- Fordham, Benjamin O./Walker, Thomas C.* 2005: Kantian Liberalism, Regime Type, and Military Resource Allocation: Do Democracies Spend Less?, in: *International Studies Quarterly* 45: 1, 141-157.
- Gansler, Jacques S.* 1995: Defense Conversion, Cambridge, MA.
- Gansler, Jacques S.* 2003: Next Steps in Defense Restructuring, in: *Issues in Science and Technology* 19: 4, 67-70.
- Gartzke, Erik* 2001: Democracy and the Preparation for War: Does Regime Type Affect States' Anticipation of Casualties?, in: *International Studies Quarterly* 45: 3, 467-484.
- Geis, Anna* 2001: Diagnose: Doppelbefund - Ursache: Ungeklärt? Die Kontroverse um den »demokratischen Frieden«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 2, 282-298.
- Geis, Anna/Wagner, Wolfgang* 2006: Vom demokratischen Frieden zur demokratiezentrierten Friedens- und Konfliktforschung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47: 2, 276-289.
- Gelpi, Christopher F./Feaver, Peter D./Reifler, Jason* 2006: Success Matters: Casualty Sensitivity and the War in Iraq, in: *International Security* 30: 3, 7-46.
- Gelpi, Christopher F./Mueller, John E.* 2006: The Costs of War (response): How Many Casualties Will Americans Tolerate?, in: *Foreign Affairs* 85: 1, 139-144.
- Gentry, John A.* 2006: Norms and Military Power: NATO's War Against Yugoslavia, in: *Security Studies* 15: 2, 187-224.
- Gholz, Eugene/Sapolsky, Harvey M.* 1999: Restructuring the U.S. Defense Industry, in: *International Security* 24: 3, 5-51.
- Grams, Christoph* 2003: Transatlantische Rüstungskooperation. Wandel und Bedeutung (Kieker Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 10), Kiel.
- Hasenclever, Andreas* 2003: Liberale Ansätze zum »demokratischen Frieden«, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 199-225.
- Huelfer, Evan Andrew* 2003: The »Casualty Issue« in American Military Practice: The Impact of World War I, Westport, CT.
- IISS (International Institute for Strategic Studies)* 1999: Strategic Survey 1998/99, Oxford.
- iRobot Corporation* 2005: Government & Industrial Robots, in: <http://www.irobot.com/sp.cfm?pageid=109;25.10.2005>.
- Joffe, Josef* 1995: »Bismarck« or »Britain«? Toward an American Grand Strategy after Bipolarity, in: *International Security* 19: 4, 94-117.
- Kant, Immanuel* 1984: Zum ewigen Frieden, Nachdruck von 1781, Stuttgart.
- King, John* 2004: No casualties? White House Disputes Robertson Comment, in: <http://edition.cnn.com/2004/ALLPOLITICS/10/19/robertson.bush.iraq/>; 8.5.2005.
- Knight, Charles/Unterseher, Lutz/Conetta, Carl* 1992: Military Research and Development after the Second Gulf War, in: Smit, Wim A./Grin, John/Voronkov, Lev (Hrsg.): *Military Technological Innovation and Stability in a Changing World: Politically Assessing and Influencing Weapon Innovation and Military Research and Development*, Amsterdam, 253-262.
- Küchle, Hartmut* 2001: Rüstungsindustrie im Umbruch. Strategien deutscher Unternehmen und Ansätze einer europäischen Neuordnung, Baden-Baden.
- Kugler, Richard L./Binnendijk, Hans* 2002: Choosing a Strategy, in: Binnendijk, Hans (Hrsg.): *Transforming America's Military*, Washington, DC, 57-97.
- Kümmel, Gerhard/Leonhard, Nina* 2005: Casualties and Civil-Military Relations: The German Polity between Learning and Indifference, in: *Armed Forces & Society* 31: 4, 513-535.
- Kupchan, Charles A.* 1998: After Pax Americana: Benign Power, Regional Integration, and the Sources of a Stable Multipolarity, in: *International Security* 23: 2, 40-79.
- Larson, Eric V.* 1996: Casualties and Consensus: The Historical Role of Casualties in Domestic Support for U.S. Military Operations, Santa Monica, CA.
- Layne, Christopher* 1993: The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise, in: *International Security* 17: 4, 5-51.

- Link, Werner 1998: Zur weltpolitischen Aktualität des Mächtegleichgewichts (Balance of Power), in: Masala, Carlo/Roloff, Ralf (Hrsg.): Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theorie-Debatte in der Internationalen Politik, Köln, 15-30.
- Linscott, William B. 1999: Civil-Military Integration: The Context and Urgency, in: Acquisition Review Quarterly [Autumn], 395-406.
- Mandel, Robert 2004: Security, Strategy, and the Quest for Bloodless War, Boulder, CO.
- Markusen, Ann 1997: Understanding American Defence Industry Mergers (Rutgers PRIE Working Paper 247), New Brunswick, NJ.
- Masala, Carlo 2005: Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden.
- Masala, Carlo 2006: Neorealismus und Internationale Politik im 21. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 16: 1, 87-111.
- Meagher, Thomas R. 1993: The Future of the Global Defense-Industrial Base: A Case Study of the LTV Sale, in: Jane's International Defense Review 26: 1, 71-73.
- Merom, Gil 2003: How Democracies Lose Small Wars. State, Society, and the Failures of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam, Cambridge.
- Merten, Klaus 1983: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Opladen.
- Moran, Theodore H. 1993: American Economic Policy and National Security, New York, NY.
- Moskos, Charles C. 1998: Grave Decision: When Americans Accept Casualties, in: Chicago Tribune 12.12.1998, 25.
- Mueller, John E. 1973: War, Presidents and Public Opinion, New York, NY.
- Müller, Harald 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahresschrift 43: 1, 46-81.
- Müller, Harald 2004: The Antinomy of Democratic Peace, in: International Politics 41: 4, 494-520.
- Müller, Harald /Wolff, Jonas 2006: Democratic Peace: Many Data, Little Explanation, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars: Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills, NY, 41-73.
- Müller, Harald/Schörmig, Niklas 2002: Mit Kant in den Krieg? Das problematische Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Revolution in Military Affairs, in: Die Friedens-Warte 77: 4, 353-374.
- Nelson, Charles R. 1997: Keeping the Edge, in: Hays, Peter L./Vallance, Brenda J./Van Tassel, Allan R. (Hrsg.): American Defense Policy, Baltimore, London, 206-213.
- O'Hanlon, Michael 2000: Technological Change and the Future of Warfare, Washington, DC.
- Office of Technology Assessment, U.S. Congress 1989: Holding the Edge: Maintaining the Defense Technology Base, Washington, DC.
- Pages, Erik 1999: Defense Mergers: Weapons Cost, Innovation, and the International Arms Industry Cooperation, in: Markusen, Ann/Costigan, Sean S. (Hrsg.): Arming the Future: A Defense Industry for the 21st Century, New York, NY, 207-223.
- Record, Jeffrey 1994: Force Projection/Crisis Response, in: Ederington, L. Benjamin/Mazarr, Michael J. (Hrsg.): Turning Point: The Gulf War and U.S. Military Strategy, Boulder, CO, 137-160.
- Richardson, James J./Bosma, John/Soosild, Sven 1999: A Review of the Technology Reinvestment Project, Arlington, TX.
- Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela 2003: Theorien der Internationalen Beziehungen, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 7-34.
- Schmidt, Ingo 1990: Wettbewerbspolitik und Kartellrecht. Eine Einführung, Stuttgart.
- Schörmig, Niklas 2003: Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 61-88.
- Schörmig, Niklas 2005: Theoretisch gut gerüstet? Die U.S. Politik gegenüber der Rüstungsindustrie in den 1990er Jahren. Ein Theorientest (Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt: Dissertation), Frankfurt a. M.

- Schörnig, Niklas/Lembcke, Alexander C. 2006: The Vision of a War Without Casualties: On the Use of Casualty Aversion in Armament Advertisements, in: *Journal of Conflict Resolution* 50: 2, 1-23.
- Schreyer, Söhnke 1996: Congress, in: Wersich, Rüdiger B. (Hrsg.): *USA-Lexikon: Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin, 187-191.
- Schulze, Peter M. 1998: *Beschreibende Statistik*, München.
- Siedschlag, Alexander 1997: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik, Beispiel internationale Sicherheit - Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation, Opladen.
- Sköns, Elisabeth/Bauer, Sibylle/Surry, Eamon 2004: Arms Production, in: *Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2004. Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford, 389-446.
- Sköns, Elisabeth/Weidacher, Reinhilde 1999: Arms Production, in: *Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 1999. Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford, 387-415.
- Smith, Hugh 2005: What Costs Will Democracies Bear? A Review of Popular Theories of Casualty Aversion, in: *Armed Forces & Society* 31: 4, 487-512.
- Stowsky, Jay 1999: The History and Politics of the Pentagon's Dual-Use Strategy, in: Costigan, Sean S/ Markusen, Ann R. (Hrsg.): *Arming the Future: A Defense Industry for the 21st Century*, New York, NY, 106 - 157.
- Summers, Harry G. 2002: Operations, Procurement, and Industrial Base, in: Lehman, John F./ Sicherman, Harvey (Hrsg.): *America the Vulnerable*, Philadelphia, PA, 73-83.
- Taliaferro, Jeffrey W. 2000: Security Seeking Under Anarchy: Defensive Realism Revisited, in: *International Security* 25: 3, 128-161.
- Velocci, Anthony L. 1993: Perry Forges New Shape for Industry, in: *Aviation Week & Space Technology* 139: 20, 52.
- Velocci, Anthony L. 1998: Face-off Over Merger Leaves Industry Reeling, in: *Aviation Week & Space Technology* 148: 11, 24-25.
- Voß, Werner 2000: *Praktische Statistik mit SPSS*, München.
- Wagner, Wolfgang 2002: Die Konstruktion einer europäischen Außenpolitik. Deutsche, französische und britische Ansätze im Vergleich, Frankfurt a.M.
- Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Politics*, Reading, MA.
- Waltz, Kenneth N. 1996: International Politics Is Not Foreign Policy, in: *Security Studies* 6: 1, 54-57.
- Weber, Rachel 2001: *Swords into Dow Shares: Governing the Decline of the Military Industrial Complex*, Boulder, CO.
- Weisser, Ulrich 2006: Dieser Einsatz birgt wenig Gefahren, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.8.2006, 2.
- Wohlforth, William C. 1999: The Stability of a Unipolar World, in: *International Security* 24: 1, 5-41.
- Woods, Kevin/Lacey, James/Murray, Williamson 2006: Saddam's Delusion: The View From the Inside in: *Foreign Affairs* 85: 3, 2-26.
- Zangl, Bernhard 1999: Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik, Baden-Baden.